

SICIT

Osservatorio sullo Stato dell'Informazione e della Comunicazione Italo-Tedesca
Beobachter zum deutsch-italienischen Informations- und Kommunikationsstand

Herausgeber:
Luca Crescenzi

Koordinierung:
Angelo Bolaffi
Aldo Venturelli

Umsetzung:
Michela Cilenti
Elisa D'Annibale

Übersetzungen:
Sabine Schild-Vitale

Redaktion:
Luisa Giannandrea

S I C I T

**Osservatorio
sullo Stato dell'Informazione e della
Comunicazione Italo-Tedesca**

**Beobachter zum
deutsch-italienischen Informations-
und Kommunikationsstand**

4 | 2022



Istituto Italiano di
STUDI GERMANICI

INHALT

- 7 Leitartikel. Beobachter zum deutsch-italienischen Informations- und Kommunikationsstand
- 11 Russisch-ukrainischer Konflikt (Deutsche Presse)
- 19 Russisch-ukrainischer Konflikt (Italienische Presse)
- 29 Sanktionen (Deutsche Presse)
- 35 Sanktionen (Italienische Presse)
- 41 Kriegsverbrechen (Italienische Presse)
- 43 Italienische Innenpolitik (Deutsche Presse)
- 51 Deutsche Innenpolitik (Italienische Presse)

LEITARTIKEL

BEOBSACHTER ZUM DEUTSCH-ITALIENISCHEN INFORMATIONEN- UND KOMMUNIKATIONSSTAND

Die Rückkehr des Krieges nach Europa hat die strategischen Koordinaten erschüttert, die das Handeln der EU und der einzelnen Nationalstaaten seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahr 1957 bis zum 24. Februar dieses Jahres bestimmt hatten. Diese *Zeitenwende*, um die nunmehr berühmt gewordene Formulierung des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz in seiner Bundestagsrede zu verwenden, wird relevante kulturelle und politische Auswirkungen in den einzelnen Ländern haben. Und, was uns betrifft, auch in den deutsch-italienischen Beziehungen. Auch wenn die Presse in Deutschland wie auch in Italien, von wenigen Ausnahmen abgesehen, noch Mühe zu haben scheint, sich dieser Tatsache voll bewusst zu werden. Denn trotz des radikalen Epochenwechsels klingen die alten Polemiken – einerseits das stiefmütterliche und strenge Deutschland und andererseits das unzuverlässige, verschwenderische Italien – immer wieder an und verhindern, dass man erkennt, wie sehr die beiden Länder in wirtschaftlicher und struktureller Hinsicht miteinander verwoben sind. Es wird die Aufgabe künftiger Historiker sein, eine rationale Erklärung für das Paradoxon zu finden, das die deutsch-italienischen Beziehungen in den letzten dreißig Jahren, beginnend mit der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht im Jahr 1992, geprägt hat: d.h. für den Umstand, dass mit der zunehmenden Verflechtung der beiden Volkswirtschaften und der jeweiligen industriepolitischen Modelle eine echte politische und kulturelle Entfremdung zwischen den beiden Ländern, ihren jeweiligen Führungsschichten und der öffentlichen Meinung wuchs. Aber der russische Einmarsch in der Ukraine hat die Welt, Europa und damit auch Italien und

Deutschland gezwungen, sich von der «Welt von gestern» zu verabschieden. Putins Krieg hat insbesondere Deutschland die schwere Verantwortung seiner gesamten politischen Klasse aufgezeigt, die trotz der Warnungen und der Kritik von Analysten und Wissenschaftlern die geopolitischen Folgen unterschätzt hat, welche eine präzise geo-ökonomische Entscheidung mit sich gebracht hätte: Die Entscheidung, die mindestens seit 1998 unter der Regierung von Bundeskanzler Schröder getroffen wurde – und dann in der langen Ära der Kanzlerschaft von Angela Merkel mitgetragen und weiter vorangetrieben wurde –, die wirtschaftlichen Geschehnisse des *Modells Deutschland* und seinen spektakulären Erfolg in der globalisierten Welt auf der Strategie des sogenannten *Wandel durch Handel* aufzubauen. Zu der von einem Großteil der westlichen Diplomatie geteilten Vorstellung, dass die Bejahung des Multilateralismus in den internationalen Beziehungen durch die Ausweitung der Handelsbeziehungen auch mit Ländern wie Russland und China, die mit autokratischen und totalitären Methoden regiert werden, nicht nur begünstigt, sondern auch zunehmend gefestigt worden wäre: Mit Putins Russland, um trotz des vehementen Widerstands der Ukraine und vieler ost- und nordeuropäischer Länder gegen den Bau von Nord Stream 2 günstige Energielieferungen zu erhalten, und mit China, dessen Markt eine Art Eldorado für deutsche Exporte war. Dieses Modell hat Deutschland, aber auch und vor allem Italien, das nicht zufällig diese Strategie sowohl wirtschaftlich als auch politisch uneingeschränkt befürwortet, zu seinem Wohlstand verholfen. Aus diesem Grund erscheinen die bössartigen Kritiken von italienischer Seite, welche an die so genannte Sparpolitik erinnert, die Deutschland Italien während der ‘Staatsschuldenkrise’ auferlegt haben soll, völlig ungerechtfertigt. Sie fordern Deutschland auf, sein Zögern zu beenden und auf die Lieferung von russischem Gas zu verzichten. Es scheint fast so, als ob die deutschen Befürchtungen hinsichtlich der unvermeidlichen konjunkturellen Folgen einer solchen Entscheidung von der italienischen Industrie und dem verarbeitenden Gewerbe nicht vollständig geteilt würden. Ähnliches lässt sich auch über die politischen und diplomatischen Beziehungen Italiens und Deutschlands zu Russland sagen. Die Reihen der *Putinversther* – der unübersetzbare Begriff ist

nunmehr zu einem Klassiker im internationalen politischen Sprachgebrauch geworden – sind in Italien ebenso zahlreich und verzweigt wie in Deutschland. Mindestens so sehr wie die einer pazifistischen Interessenlosigkeit, die vergessen zu haben scheint, dass, wie der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer einmal sagte, «nie wieder Krieg» in erster Linie «nie wieder Auschwitz» bedeutete und bedeutet, wie uns die Schrecken von Butscha oder die Massengräber von Irpin hätten in Erinnerung rufen müssen. Italien und Deutschland werden daher vielleicht mehr als andere europäische Länder (man denke z.B. an Frankreichs Energieunabhängigkeit dank der nuklearen Option) ihr Wirtschaftsmodell und ihr internationales Handeln überdenken müssen, und zwar im Rahmen einer europäischen Politik, die aufgerufen ist, ihre eigene strategisch-militärische Autonomie im Rahmen einer globalen Neudefinition der Aufgaben und der Rolle des Atlantischen Bündnisses aufzubauen. Unter diesem Gesichtspunkt stellt die entschlossene Haltung Italiens, das sich offen auf die Seite der Ukraine gestellt hat, wie von Staatspräsident Mattarella erklärt, einen grundlegenden Bezugspunkt in Europa dar, während die deutsche politische Klasse buchstäblich orientierungslos und verloren scheint. Das donnernde Schweigen, das Angela Merkel, die von manchen unerwartet als mögliche Demiurgin eines Friedensabkommens gehandelt wird, in dieser dramatischen Situation beibehalten wird, ist eine Metapher für die tiefe Identitätskrise eines Deutschlands, das aus historischen und kulturellen Gründen mehr als jedes andere europäische Land überrascht und desorientiert zu sein scheint gegenüber einer Welt, die durch die russische Aggression gegen die Ukraine ‘auf den Kopf gestellt’ wurde. Ein Deutschland, das seine Rolle als ‘widerstrebender Hegemon’ aufgibt und alte Unsicherheiten und neue Bedenken offenbart, ist keine gute Nachricht für Europa. Aber die Wiederwahl von Emmanuel Macron ist es: eine Bestätigung, die nicht nur die Gefahr einer souveränistischen Implosion Europas abgewendet hat. Es könnte hingegen das Zeichen für den Beginn einer neuen Phase der europäischen Entwicklung sein. Dies ist eine Perspektive, bei der Italien unter Mario Draghi aufgefordert ist, eine wichtige Rolle zu spielen, mit dem vorrangigen Ziel, gerade aufgrund der ‘besonderen Beziehung’, die die beiden Länder seit

jeder verbindet, Deutschland aus seiner derzeitigen politischen Aphasie herauszuhelfen, in dem Bewusstsein, dass das Bündnis zwischen Italien und Deutschland Europa wie bereits in der Vergangenheit geholfen hat, den Sinn seiner eigenen Aufgabe wiederzufinden.

Angelo Bolaffi

RUSSISCH-UKRAINISCHER KONFLIKT

(DEUTSCHE PRESSE)

Die deutsche Presse, wie die gesamte internationale Presse, hat der delikaten Situation seit Beginn des russisch-ukrainischen Konflikts viel Raum eingeräumt, mögliche Szenarien ausgelotet und die Haltung der anderen europäischen Länder gegenüber der russischen Aggression beurteilt. Großes Interesse kam dabei Italien zu. Die ersten Artikel stammen vom Februar 2022 und befassten sich mit den Auseinandersetzungen zwischen der Regierung in Rom und der italienischen Unternehmerschaft. So fand am 26. Januar ein Treffen per Videokonferenz zwischen Präsident Putin und den Vorstandsvorsitzenden der bedeutendsten italienischen Unternehmen statt, darunter Assicurazioni Generali, die Banken Intesa Sanpaolo und Unicredit sowie der Reifenhersteller Pirelli.

Auf dem Wirtschaftsgipfel, an dem sechzehn italienische Spitzenmanager und acht russische Minister teilgenommen haben, äußerte Putin seine großen Erwartungen hinsichtlich des Ausbaus der Handelspartnerschaft zwischen Moskau und Rom, insbesondere im Energiesektor. Die deutsche Presse machte deutlich, dass dieses Treffen westliche Politiker und Beamte nicht wenig verärgert hat, die es in Zeiten extremer Spannungen an der Ostfront als 'unangemessen' empfanden. Tatsächlich hatte die italienische Regierung die Organisatoren aufgefordert, das Treffen abzusagen, jedoch vergeblich. Lediglich drei Energieunternehmen sagten ihre Teilnahme aufgrund der neuen Lage in letzter Minute ab. Ministerpräsident Mario Draghi ließ keinen Raum für Zweifel an der Haltung Italiens zum russisch-ukrainischen Konflikt: Italien hat sich, wie auch Frankreich und Deutschland, offen gegen den Krieg positioniert. Nach Ansicht der deutschen Presse wurde diese starke Haltung zu Beginn des Konflikts jedoch von vor-

sichtigen Äußerungen des Ministerpräsidenten begleitet, der den Handlungsspielraum italienischer Unternehmen, die Russland traditionell nahestehen, nicht beschränken wollte. Die deutsche Presse unterstrich die Tatsache, dass Italien seine Beziehungen zu Russland nicht abbrechen will, was natürlich mit wirtschaftlichen Fragen in Zusammenhang steht: Italien ist nach Deutschland der zweitgrößte europäische Importeur von russischem Gas. Italien kauft auch Metalle und petrochemische Erzeugnisse direkt von Russland. Im Gegenzug sind italienische Unternehmen Exporteure im Energiesektor, insbesondere im Bereich der grünen Technologien, sowie in den Bereichen Lebensmittel und Maschinen (C. Schubert, *Italiens russischer Zwiespalt*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 11. Februar 2022 [PDF](#)).

Die deutsche Presse berichtete auch über die Geschichte des gescheiterten Treffens zwischen Draghi und Putin, welches der italienische Ministerpräsident auch nach dem russischen Angriff auf die Ukraine auf der Agenda behalten hatte. Die russische Führung hat das Treffen nie bestätigt und Außenminister Luigi Di Maio hat die diplomatische Mission abgesagt. Dennoch verurteilte die deutsche Presse die Angelegenheit scharf. Die Absage der Reise nach Moskau und der russische Einmarsch in die Ukraine hätten eine sicherheitspolitische Fehleinschätzung Draghis und gleichzeitig auch sein persönliches Versagen offenbart. In einer Rede vor der Abgeordnetenversammlung vom 15. Januar 2022 erklärte Draghi, dass Putins Truppenaufmarsch nicht auf eine bevorstehende Invasion der Ukraine hindeute, sondern vielmehr von Russlands Wunsch zeuge, 'an den Entscheidungsprozessen teilzunehmen'. Seitdem Draghi sein Amt im Februar 2021 angetreten hat, versucht er, ein Vertrauensverhältnis zum russischen Präsidenten, unter anderem durch zahlreiche Telefongespräche, aufzubauen. Die Anfänge der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rom und Moskau gehen auf den Kalten Krieg zurück und fanden in Silvio Berlusconi einen glühenden Verfechter. Auch spätere italienische Regierungschefs haben sich wiederholt gegen die zahlreichen Sanktionen ausgesprochen, die westliche Staaten als Folge der Militäraktionen gegen Moskau verhängt haben. Als Zeichen seiner tiefen Freundschaft mit Italien schickte Moskau im März 2020 Hilfsgüter und medizinische Ausrüstung in die Lombardei, eine von der Pandemie besonders betroffene

Region. Mit dem Einmarsch in die Ukraine änderte sich dieses Gleichgewicht jedoch, wie die deutsche Presse berichtet, und veranlasste die Regierung, jedes Anzeichen von Zweideutigkeit zu vermeiden. Premierminister Draghi und alle Parteien der Regierungskoalition verurteilten das Vorgehen Moskaus scharf. Andererseits wird die Neutralität Berlusconis, eines langjährigen Freundes des russischen Präsidenten, herausgestellt. In der deutschen Presse heißt es weiter, dass Italien trotz dieser scharfen Verurteilungen gerade deshalb vorsichtig agiert, weil es das am meisten von den Sanktionen betroffene Land sein könnte (*Draghis vergebliches Warten auf einen Termin in Moskau*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 26. Februar 2022 [PDF](#)).

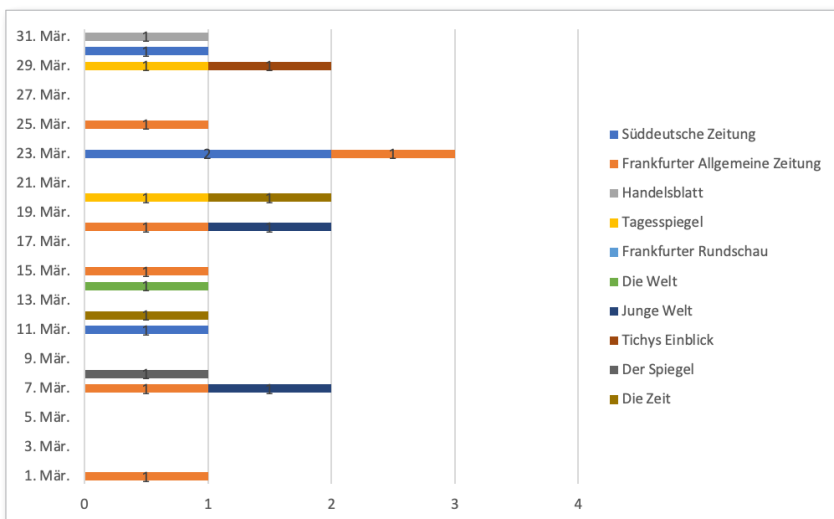
Ein eigenes Kapitel wurde Matteo Salvini, dem Vorsitzenden der Lega, gewidmet, der es zunächst vermied, sich mit dem ukrainischen Volk zu solidarisieren und Putins Vorgehen offen anzuprangern, um dann von einer ‘pazifistischen Berufung’ erfasst zu werden. Der Vorsitzende der Lega wollte sogar nach Warschau und dann an die polnisch-ukrainische Grenze fliegen, um ‘Witwen und Waisen’ nach Italien zu bringen. Die deutsche Presse, die den Regierungschef nie mit offener Kritik verschont hat, versäumte es nicht, den plötzlichen und überraschenden Richtungswechsel von Salvini hervorzuheben, der im Laufe der Jahre immer eine gewisse Nähe zu Putin gesucht hatte. Die andere führende Politikerin der Mitte-Rechts-Bewegung, Giorgia Meloni, brachte hingegen sofort ihre Unterstützung für die NATO zum Ausdruck und verurteilte Putins Invasion als inakzeptable Aggression und Angriff auf die Werte des Westens. Im Parlament stimmte Meloni, deren Partei derzeit die einzige relevante Oppositionskraft in Italien ist, gemeinsam mit der Regierung Draghi für Waffenlieferungen an die Ukraine. Vor der Krise hatte Meloni jedoch wiederholt durchblicken lassen, eine ‘Sympathisantin’ Putins zu sein. Die deutsche Presse fragt sich, ob dieser plötzliche Sinneswandel bei Putins Anhängern mit den für 2023 angesetzten Wahlen zusammenhängt (*Stimmungswandel bei Italiens ‘Putinverstehern’?*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 5. März 2022 [PDF](#)).

Allgemein wurde in der deutschen Presse der Kurswechsel von Ministerpräsident Draghi nach der Verschärfung des Konflikts positiv herausgestellt. In der Tat hat Italien, wie auch Deutschland, nach anfänglicher Zurückhaltung eine härtere Linie gewählt.

Die Regierung hat beschlossen, dass Italien, in Abstimmung mit anderen europäischen Ländern, Waffen an die Ukraine liefern wird. Für die deutsche Presse bleibt jedoch die drohende Energieknappheit das Kernproblem Italiens. Die Regierung Draghi hat daher begonnen, die Wiederankurbelung der Kohleenergie in Betracht zu ziehen, um den drastischen Beschränkungen der russischen Gasimporte zu begegnen. Immer wieder wird die fast vollständige Abhängigkeit Italiens von russischem Gas betont und bringt das Land in eine schwierige Lage (*Italien prüft Rückkehr zur Kohle*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 1. März 2022 [PDF](#)). Im «Corriere della Sera» ist ein Artikel über die schwierige Energiesituation in Italien erschienen, die das Land in Starre zu versetzen droht, und das buchstäblich und metaphorisch. Selbst bei einer Erhöhung der Einfuhren von anderen Gaslieferanten (Algerien, Aserbaidschan und Libyen) wäre Italien nicht in der Lage, seinen Bedarf zu decken, wenn man bedenkt, dass 40% des gesamten Gasbedarfs aus Russland importiert werden. Die einzige Lösung scheint zu sein, erneut Steinkohle zu fördern (O. Meiler, *Am Tropf der Tyrannen*, in «Süddeutsche Zeitung», 11. März 2022 [PDF](#)). Eben auf diesen kritischen Punkt hat Draghi die Aufmerksamkeit der deutschen Presse gelenkt. Der überparteiliche Ministerpräsident hat die Arbeit der Vorgängerregierungen nur selten kritisiert, um keine unnötigen Komplikationen in der Koalitionsregierung zu erzeugen. Mit der Ukraine-Krise machte der Premierminister jedoch eine Ausnahme und verurteilte die Energiepolitik der letzten 15 Jahre, in denen die Abhängigkeit Italiens von russischem Gas erheblich zugenommen hat. Doch Draghi, so die deutsche Presse, weiß das Thema zu seinen Gunsten zu nutzen: Seiner Meinung nach muss nicht nur der italienische Staat eingreifen, sondern auch die EU. Auf dem informellen Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Versailles erklärte der italienische Ministerpräsident, dass die EU einheitlich reagieren müsse, wenn die Wirtschaft aufgrund der Sanktionen gegen Russland schwächer werden sollte. Er sprach insbesondere von einer überzeugenden haushaltspolitischen Maßnahme, die sich nicht auf die einzelnen nationalen Etats stützen kann. Laut Draghi kann der Krieg in der Ukraine dazu beitragen, die EU durch die Einführung einer gemeinsamen europäischen Verschuldung als ständiges Instrument der Haushaltspolitik stärker zu einen. Vorlage dafür ist der 750

Milliarden Euro schwere EU-Wiederaufbaufonds *Next Generation*, für den die EU-Länder erstmals gemeinsame Schulden eingegangen sind. Auf diese Weise könnten alle europäischen Länder einheitlich im Bereich der Sanktionen agieren, ohne dafür einen zu hohen Preis zu zahlen, welcher ganze Volkswirtschaften zerstören könnte. In diesem Punkt hat Draghi in Emmanuel Macron einen starken Verbündeten gefunden (*Im Windschatten des Krieges zur Schuldenunion*, in «Die Welt», 14. März 2022 [PDF](#)).

RUSSISCH-UKRAINISCHER KONFLIKT IN DER DEUTSCHEN PRESSE



Die Grafik bezieht sich auf den März 2022 und berücksichtigt die in der deutschen Presse veröffentlichten Artikel über die italienische Haltung zum russisch-ukrainischen Konflikt.

Die langjährige Freundschaft zwischen Italien und Russland stand im Zentrum der Überlegungen seitens der deutschen Presse, vor allem im Hinblick auf die Rüstung. Italien hat nämlich auch nach den Sanktionen, die auf die Annexion der Krim im Jahr 2014 folgten, weiterhin Waffen an Russland geliefert und sich somit an bestehende Verträge gehalten. Die Lieferanten versuchen bisher, solche Vereinbarungen zu verbergen, aber im Internet sind Bilder von russischen Militärflugzeugen veröffentlicht worden, die in Italien von IVECO, dem langjährigen Hauptlieferanten

Russlands, hergestellt werden, und insbesondere von einem bestimmten gepanzerten Mehrzweckfahrzeug. Diese Vereinbarungen stammen nicht nur aus der Ära Berlusconi. Im Jahr 2015, als die Sanktionen wegen der Invasion der Krim bereits in Kraft getreten waren, stimmte die Regierung Renzi der Lieferung von Militärfahrzeugen durch IVECO zu. Diese Fahrzeuge haben in den Beziehungen zwischen Rom und Moskau Geschichte geschrieben, da sie 2012 in der Kampagne in Syrien eingesetzt wurden. Das Unternehmen, das von der Familie Agnelli kontrolliert wird, liefert diese Art von Produkten nicht mehr nach Russland, aber weiterhin einige Komponenten, hauptsächlich für Feuerwehrfahrzeuge. Diese Situation führt zu einem Paradoxon: Beide Seiten kämpfen mit Waffen, die vom selben Land geliefert werden, da Italien ebenso wie Deutschland mit der Lieferung von Waffen an den ukrainischen Widerstand begonnen hat. Die deutsche Presse weist auch darauf hin, dass diese Situation global nicht neu ist: Im Irak zum Beispiel stellten die amerikanischen Soldaten fest, dass die Feinde mit den gleichen Waffen vom gleichen Lieferanten ausgestattet waren. IVECO zieht in Betracht, seine Abkommen mit Russland vollständig zu beenden, da die derzeitige Situation jede Art von Zusammenarbeit unmöglich macht (C. Schubert, *Italiens Rüstungsgüter an jeder Front*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 18. März 2022 [PDF](#); *Italien heizt Krieg an*, in «Junge Welt», 18. März 2022 [PDF](#)). Die russische Aggression hat die Aufmerksamkeit auch auf die zahlreichen Positionen ehemaliger westlicher Politiker in russischen Unternehmen gelenkt. Alles begann mit dem Rücktritt des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers Christian Kern (SPÖ) von seinem Posten im Aufsichtsrat der russischen Staatsbahn (RZD), um ein Zeichen gegen die sinnlose Aggression Russlands zu setzen. Kerns Entscheidung löste eine Kettenreaktion aus: Matteo Renzi, der seit August 2021 Vorstandsmitglied von Delimobil war, trat mit sofortiger Wirkung von seinem Posten zurück, und der ehemalige finnische Ministerpräsident Esko Aho verließ den Vorstand der Sberbank, der größten Bank Russlands, in der er seit 2016 als ‘unabhängiger Direktor’ tätig war. Viele westliche Politiker sahen sich veranlasst, ihre Tätigkeit in großen russischen Unternehmen zu rechtfertigen, wie etwa der frühere österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP), der im Vorstand des privaten russischen Ölkonzerns Lukoil sitzt, oder

die ehemalige österreichische Außenministerin Karin Kneissl, die für den Propagandakanal «Russia Today» schreibt. Jedoch nicht alle haben beschlossen, diese Positionen aufzugeben: Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Beispiel verurteilte die russische Aggression, hat aber nie seine wichtigen Ämter im Aufsichtsrat des staatlichen russischen Ölkonzerns Rosneft erwähnt (*Wer Unternehmensämter in Russland niederlegt – und wer nicht*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 25. Februar 2022 [PDF](#)).

In der deutschen Presse fehlt es nicht an Berichten über die sozialen Auswirkungen des gegenwärtigen Krieges, und Italien stand im Zentrum einiger interessanter Überlegungen. Es wird über die durch den Krieg ausgelöste Hysterie berichtet, die zu einer unvermeidlichen sozialen Spaltung zwischen den Befürwortern der militärischen Hilfe und denjenigen führt, die, vielleicht in einer verschwörerischen Stimmung, zur Vorsicht raten. In einem Artikel der kommunistischen Zeitung «Il Manifesto» heißt es, dass der Krieg in der Ukraine als Vorwand benutzt wurde, um die NATO hemmungslos aufzurüsten. Die Entscheidung der EU, der Ukraine 450 Mio. Euro für den Kauf und die Lieferung von Waffen zur Verfügung zu stellen – plus weitere 50 Mio. Euro für Treibstoff, medizinische Hilfe usw. – zeugt von einem plötzlichen Sinneswandel und wachsender Aggression. Traditionell unparteiische Länder wie Schweden verlieren immer mehr an Neutralität, während Finnland beispielsweise erwägt, der NATO beizutreten. Es war jedoch vor allem Deutschland, das seine Politik änderte und beschloss – erstmals seit 1945 – tödliche Waffen zu liefern. Olaf Scholz ist also plötzlich zum ‘Kriegskanzler’ geworden. Dies bedeutet das Ende jedweden Rests von Pazifismus in der SPD sowie in der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Die Hysterie erreichte dann ein schwerwiegendes Ausmaß, als auf der offiziellen Website des ukrainischen Konsulats in Mailand ein Aufruf zur Rekrutierung von Personen veröffentlicht wurde, die gegen den russischen Aggressor kämpfen wollen. Die italienische Regierung wies sofort auf die Rechtswidrigkeit dieser Maßnahme hin, und die Berufung wurde annulliert (*Gegen Kriegshysterie*, in «Junge Welt», 5. März 2022 [PDF](#)). Der im «Manifesto» veröffentlichte Artikel war nur der Anfang eines langen Protestes der linken Parteien. So fand in Rom ein europäisches Antikriegsforum statt, an dem Vertreter der europäischen Linksparteien teilnahmen. Die Ver-

anstellung wurde von der italienischen antikapitalistischen politischen Bewegung, Potere al Popolo und von der Rifondazione Comunista organisiert. Die Teilnehmer des Forums sprachen sich gegen Krieg, Waffenlieferungen und Sanktionen aus und befürworteten den Frieden und eine diplomatische Lösung des Konflikts. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen auch die Mittel, die für Militärausgaben bereitgestellt werden, welche nach Ansicht der Teilnehmer auf Kosten anderer Bereiche gehen, die viel dringender Gelder benötigen, wie z.B. Bildung oder Gesundheit. Auch die Sanktionen waren Gegenstand einer großen Kontroverse. Nach Ansicht der Teilnehmer werden die Sanktionen vor allem die Arbeitnehmer benachteiligen, während die Großindustrie davon profitieren könnte. Die Devise des Treffens lautete 'Kompromiss', der nach Ansicht dieser linken Bewegungen der einzige Weg zu einem Waffenstillstand sei. Ähnliche Demonstrationen fanden auch in anderen italienischen Städten wie Verona und Genua statt, und es entstand auch eine linke Bewegung gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine (G. Feldbauer, *Linke formiert sich*, in «Junge Welt», 5. April 2022 [PDF](#)).

Die Spaltung zwischen Anhängern Putins, Neutralen (weder mit der Ukraine noch mit Russland) und Pazifisten zeigte sich auch im Parlament. Während der Videoschaltung von Wolodymyr Selenskyj blieben viele Plätze leer. Zahlreiche italienische Politiker haben erklärt, dass der ukrainische Premierminister eine Marketingaktion durchführe, welche die Welt in einen dritten Weltkrieg führen werde. Wieder andere sind der Überzeugung, dass so, wie Selenskyj mit anderen europäischen Staats- und Regierungschefs sprechen konnte, auch Präsident Putin die gleiche Möglichkeit erhalten sollte. Die deutsche Presse ist jedoch davon überzeugt, dass das italienische Parlament bestmöglich auf die Worte Selenskyjs reagiert habe, indem es starkes Mitgefühl für das in der Videoschaltung vermittelte Leid empfand. So dankte Draghi ihm für sein außergewöhnliches Zeugnis und versicherte, dass Italien auch weiterhin die Vermögenswerte der russischen Oligarchen beschlagnahmen werde. (O. Meiler, *Und wenn es Genua wäre?*, in «Süddeutsche Zeitung», 23. März 2022 [PDF](#)).

RUSSISCH-UKRAINISCHER KONFLIKT

(ITALIENISCHE PRESSE)

Die italienische Presse hat sich im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Konflikt ausführlich mit Deutschland befasst. Zu Beginn der Krise wurde immer wieder auf die mangelnde Entschlossenheit der Regierung Scholz hingewiesen, die von Anfang an eine vorsichtige und inkonsequente Politik verfolgt hat. Deutschland scheint nicht nur für die italienische Presse Moskau wie gelähmt gegenüberzustehen. Es ist mittlerweile zum Schwachpunkt der Bundesrepublik geworden.

Die italienische Presse lobte zunächst die Entscheidungen Berlins, die Ausgaben für die Verteidigung zu erhöhen. Nach fast achtzig Jahren Pazifismus und kriegsneutraler Haltung verkündete die von Scholz geführte Bundesregierung am 27. Februar nicht nur die Erlaubnis, Waffen nach Kiew zu senden, sondern auch eine Investition von 100 Milliarden Euro in den Verteidigungssektor und jährliche Militärausgaben in Höhe von 2% des BIP, womit der von den NATO-Ländern gerade anlässlich der Aggression gegen die Krim im Jahr 2014 als Zielvorgabe festgelegte Parameter erreicht wurde. Es handelt sich um einen epochalen Kurswechsel für Deutschland, insbesondere wenn man bedenkt, dass die 'militaristische' Wende von einer Regierung eingeleitet wurde, die auch von den pazifistischen Grünen getragen wird. In weniger als einer Woche hat der von Putin geführte Krieg nicht nur das Schicksal der Ukraine, sondern auch das Deutschlands und damit der Europäischen Union verändert. Seit dem 27. Februar sind die Reflektoren der italienischen Presse – und der Weltöffentlichkeit auf die deutsche Wiederbewaffnung gerichtet (M. Valensise, *La Germania si riarma. E ci sveglia da un sogno rassicurante*, in «Huffpost», 27. Februar 2022

[LINK](#); A. Mauro, *Il mondo è cambiato: l'Europa torna ad armarsi*, in «Huffpost», 27. Februar 2022 [LINK](#); A.M. Jarach, *Ucraina, la Germania stanzerà 100 miliardi per rafforzare l'esercito. Scholz: «Investimento del 2% del Pil per la difesa»*, in «Il Fatto Quotidiano», 27. Februar 2022 [LINK](#); I. Bufacchi, *Rivoluzione a Berlino: più del 2% del Pil per la Difesa*, in «Il Sole 24 Ore», 28. Februar 2022 [PDF](#); T. Mastrobuoni, *Lo storico riarmo della Germania sblocca la Difesa comune dell'Unione*, in «la Repubblica», 28. Februar 2022 [PDF](#); P. Valentino, *In 500mila sfilano contro la guerra (mentre Berlino rafforza l'esercito)*, in «Corriere della Sera», 28. Februar 2022 [PDF](#)). So hat der russisch-ukrainische Konflikt den Deutschen den Blick für den Zustand ihrer Verteidigung geschärft. Von 300 Puma-Panzern sind zum Beispiel nur 40 schussfähig, und die Marine verfügt von 6 U-Booten de facto nur über eines. Auf der Anklagebank sitzt dafür auch Ursula von der Leyen, die Verteidigungsministerin von 2013 war, und nun für diese katastrophale Situation verantwortlich gemacht wird. Die derzeitige Situation der Bundeswehr ist nach Ansicht der Presse auf die Misswirtschaft der Ära von von der Leyen zurückzuführen, die sich zu sehr für 'soziale' Reformen der Armee (wie z.B. die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung von Soldaten oder die Kinderkrippe an der Militärakademie in Neubiberg) auf Kosten der Anschaffung von funktionalen Rüstungsgütern eingesetzt hat (D. Mosseri, *La Germania non ha più armi. Le ha finite la Von der Leyen*, in «Libero», 10. April 2022 [PDF](#)). Dies veranlasste Scholz dazu, die Verteidigungsinvestitionen zu überdenken (M. Battaglia, *Sulla Difesa, l'Italia segue Berlino. L'appello del generale Camporini*, in «Formiche.net», 1. März 2022 [PDF](#); S. Cannavò, *La nuova Europa sarà più militarizzata*, in «il Fatto Quotidiano», 1. März 2022 [PDF](#); R. Giardina, *Finlandia e Svizzera, addio alla neutralità. Berlino rompe il tabù del riarmo*, in «Il giorno. Quotidiano nazionale», 1. März 2022 [PDF](#); R. Giardina, *Un esercito da vera barzelletta*, in «ItaliaOggi», 1. März 2022 [PDF](#)).

Im Laufe der Zeit hat der deutsche Bundeskanzler jedoch keine besondere Entschlossenheit in der Frage der Wiederbewaffnung gezeigt. Es gab in der Tat zu viele Ankündigungen und Kehrtwendungen in dieser Frage. So zweifeln einige Beobachter, wie der Vorsitzende des EU-Ausschusses im Bundestag, Anton Hofreiter, ehemaliger Vorsitzender der Grünen, an der Fähigkeit

des sozialdemokratischen Steuermanns, ein wichtiger Verbündeter zu sein. Gerade wegen dieser inkonsequenten Politik verliert das Kanzleramt in den Augen seiner europäischen Verbündeten an Prestige (D. Mosseri, *Le giravolte di Herr Scholz, che sul riarmo tedesco ci pensa, ci ripensa e ancora non sa*, in «Il Foglio», 19. April 2022 [PDF](#)).

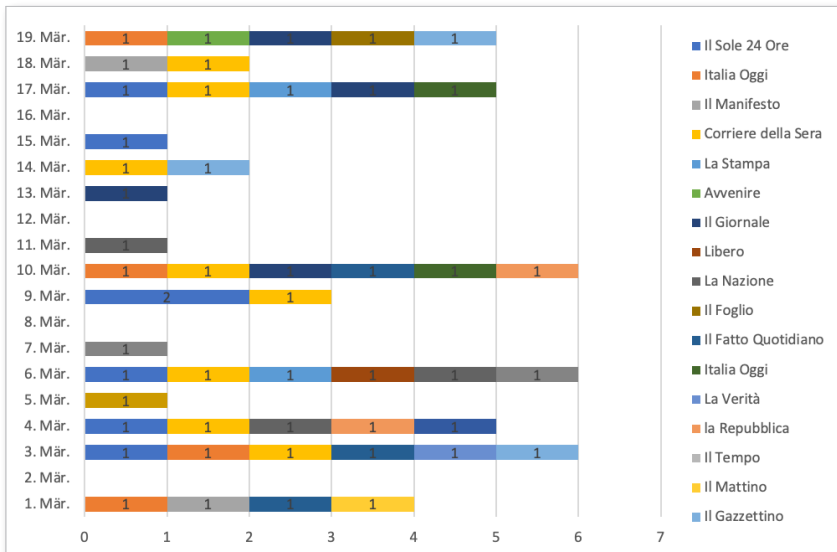
Im Bereich der Verteidigung erinnerte die Presse auch daran, dass Italien und Deutschland ein Abkommen unterzeichnet haben, das eine Zusammenarbeit bei der Erforschung und Weiterentwicklung der Flugzeugtechnologie vorsieht (G. Dragoni, *Da Mba-Rheinmetall l'alleanza italo-tedesca per la difesa del futuro*, in «Il Sole 24 Ore», 9. März 2022 [PDF](#); *Nuovo accordo Italia-Germania sui missili*, in «La Verità», 9. März 2022 [PDF](#)).

Dieser Rüstungswettlauf und die Entscheidung Europas für die WEU als Waffenlieferant für die Ukraine stießen jedoch bei einem Teil der italienischen Presse nicht auf Wohlwollen. Vor allem die linke Presse hat diese Entscheidung verurteilt, da sie darin eine Abkehr vom Pazifismus zugunsten einer kriegstreiberischen Politik sieht, und vor allem Deutschland erhielt scharfe Kritik. Die Entscheidung Berlins, das erste Mal seit 1945 wieder aufzurüsten, hat tiefe Besorgnis ausgelöst, weil sie in vielerlei Hinsicht einen bedeutenden Wendepunkt für die pazifistische Politik der EU darstellt, die einige Länder dazu gebracht hat, ihre historische Neutralität aufzugeben (A.M. Merlo, *Armi all'Ucraina, la Ue perde la sua anima pacifista*, in «il Manifesto», 1. März 2022 [PDF](#); *Svizzera, anche lo Stato storicamente neutrale con l'UE contro la Russia*, in «Il Mattino», 1. März 2022 [PDF](#)).

Selbst in der Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine wurde Deutschland heftig kritisiert, und es wurde die tief gehende Spaltung konstatiert, welche die neu gebildete Regierung Scholz gefährdet. Deutschland hat die Ukraine hauptsächlich mit Maschinengewehren, Panzer- und Flugabwehrraketen, Munition und Helmen beliefert. Doch Kiew verlangt mit wachsendem Nachdruck Panzer und andere schwere Waffen. In der Berliner Koalition herrscht Uneinigkeit darüber, was zu tun ist, insbesondere zwischen einem Teil der Grünen und den Liberalen und einem Teil der Sozialdemokraten. Die Regierungsspitze ist jedoch bemüht, die Koalition zusammenzuhalten. Der Grüne Robert Habeck, Vizekanzler und Minister für Wirtschaft und Klima, verteidigte Bundeskanzler Olaf Scholz gegen Angriffe aus den eigenen

Reihen und wies darauf hin, dass es in solch komplexen Zeiten entscheidend sei, dass sich Deutschland nicht intern spalte. Noch bedeutsamer ist, dass Habeck in Bezug auf den Export schwerer Waffen eine Position vertrat, die der von Scholz nahe steht, indem er die Pflicht Deutschlands unterstrich, dem ukrainischen Volk zu helfen, aber auch darauf hinwies, dass Deutschland nicht zur Zielscheibe werden dürfe. Habeck will zwar weiterhin die Lieferung von Waffen beschleunigen, äußerte aber auch die Sorge, dass dies zu einer Eskalation mit Moskau führen könnte. Diese vorsichtige Haltung Berlins macht Deutschland in den Augen der anderen europäischen Länder zum Schwachpunkt der EU, die stattdessen lieber an einem Strang ziehen sollte. In der Tat hat Deutschland bisher veraltete Waffen wie den Leopard 1 und den Marder-Panzer geliefert, die vor ihrer Rückkehr auf das Schlachtfeld umfassend gewartet werden müssen. (*La Germania: «Cautela sulle armi agli ucraini»*, in «Avvenire», 16. April 2022 [PDF](#); D. Mosseri, *Dubbi su embargo dell'energia e missili. Nel mirino dei Verdi, Scholz ora traballa*; in «il Giornale», 16. April 2022 [PDF](#)).

RUSSISCH-UKRAINISCHER KONFLIKT IN DER ITALIENISCHEN PRESSE



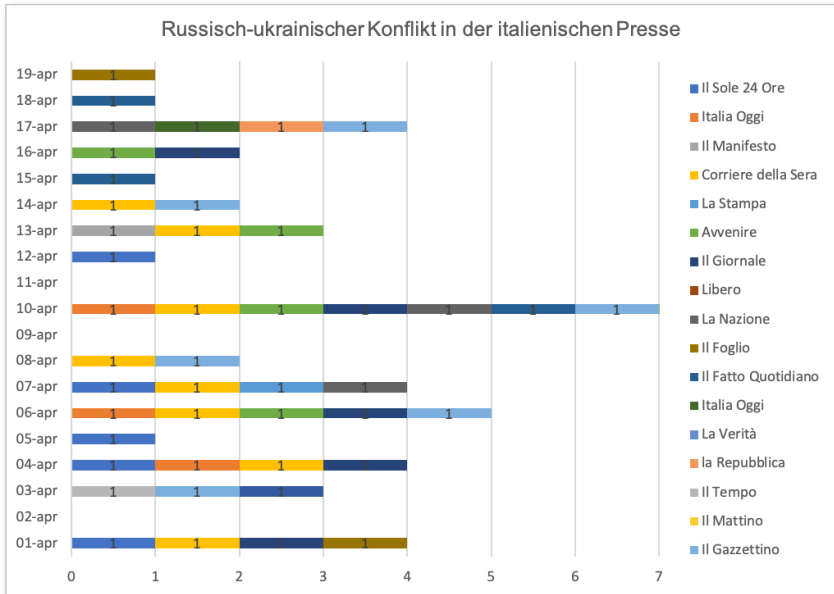
Die Grafik bezieht sich auf den März 2022 und berücksichtigt die in der italienischen Presse veröffentlichten Artikel über die deutsche Position zum russisch-ukrainischen Konflikt.

Viel Aufmerksamkeit wurde auch den diplomatischen Verhandlungen mit Putin zuteil. Im Roulette der Namen, die in der Lage sind, mit dem russischen Präsidenten zu vermitteln, sticht die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel hervor, die nicht nur über große Erfahrung verfügt, sondern auch die europäische Führungspersönlichkeit ist, die Putin am besten kennt. In der Ära Merkel galt Putin nämlich stets als 'bester Feind', und die ehemalige Kanzlerin kennt seine Schwächen und sogar seine mentalen Mechanismen, da beide im Sozialismus aufgewachsen sind. Nicht zu vergessen ist eine nicht unbedeutende Tatsache: Angela Merkel spricht Russisch und Putin spricht Deutsch. Beide haben sich im Laufe der Jahre immer ohne Dolmetscher verständigt und oft eine gemeinsame Schnittmenge gefunden, obwohl beide in einer Kultur des Misstrauens aufgewachsen sind. Die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin war übrigens die Urheberin der Minsker Vereinbarungen, die sich jedoch als verfassungsrechtlich fragil und zweideutig erwiesen. Die mögliche Rolle Merkels bei den Verhandlungen stößt jedoch auf Probleme. Insbesondere lehnte Selenskyj ihre Rolle bei den Verhandlungen ab, weil er sie für zu nachgiebig gegenüber dem russischen Präsidenten hält, da sie die Gaspipeline Nord Stream 2 verteidigt und vor allem den Plan Bushs aus dem Jahr 2008 abgelehnt hatte, welcher den NATO-Beitritt Kiews vorsah. Für die Ukrainer hat sich Merkel daher einer Art 'Erbsünde' schuldig gemacht, die sie bis heute daran hindern würde, unparteiisch mit Putin zu vermitteln. Zweitens hat die deutsche Öffentlichkeit seit Beginn des Konflikts Merkels Außenpolitik heftig angegriffen und ihr vorgeworfen, sich gegenüber dem russischen Präsidenten nachgiebig zu zeigen (P. Valentino, *Da Merkel a Nünistö. Chi ha (davvero) le carte per mediare con la Russia*, in «Corriere della Sera», 9. März 2022 [PDF](#); A. Geroni, *Mediazioni di pace, si fa presto a dire Merkel*, in «Il Sole 24 Ore», 9. März 2022 [PDF](#)).

Neben Merkel ist auch ein anderer Politiker als möglicher Vermittler für den Frieden im Osten im Gespräch. Es handelt sich um Silvio Berlusconi, der ebenso wie die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin in den Jahren als Ministerpräsident stets einen offenen Dialog mit Moskau geführt hat. Berlusconi schlug auch ein Treffen zwischen dem ehemaligen US-Präsidenten Bush und Putin vor, um Russland an den Westen heranzuführen. Wie im

Fall von Merkel gibt es jedoch viele Zweifel an der Freundschaft zwischen Berlusconi und Putin, die den ehemaligen Ministerpräsidenten bei den Verhandlungen unvoreingenommen machen würde (A. Giannoni, *La proposta di Forza Italia: Berlusconi e Merkel mediatori*, in «Il Giornale», 13. März 2022 [PDF](#)).

RUSSISCH-UKRAINISCHER KONFLIKT IN DER ITALIENISCHEN PRESSE



Die Grafik bezieht sich auf den April 2022 und berücksichtigt die in der italienischen Presse veröffentlichten Artikel über die deutsche Position zum russisch-ukrainischen Konflikt.

Was die Vermittlung im russisch-ukrainischen Konflikt betrifft, so sind die Überlegungen zur Rolle der NATO interessant. Der italienischen Presse zufolge läuft die Politik der NATO an dieser Front Gefahr, Schaden anzurichten, und ist in mancher Hinsicht nicht sehr überzeugend. Die von Putin ausgehende nukleare Bedrohung würde die NATO dazu zwingen, im Hintergrund zu bleiben, da sie im atomaren Gleichgewicht des Kalten Krieges verankert ist. Europa sollte sich daher, um sich gegen die russische Invasion zu verbünden, ohne dabei die Verantwortung für die Vermittlung abzugeben, gegen eine Ausweitung der NATO und

für eine militärisch neutrale Zone an seinen Ostgrenzen und vor allem für eine europäische Autonomie auch in der Verteidigung aussprechen (S. Levi Della Torre, *Guerra: l'Europa deve mediare (senza la Nato)*, in «il Fatto Quotidiano», 15. März 2022 [PDF](#)).

Unter den deutschen Politikern, die von der italienischen Presse kritisiert werden, befindet sich auch Gerhard Schröder, der als unangefochtener Anführer der sozialdemokratischen Putin-Anhänger gilt und Berlin mit seinen Äußerungen zugunsten des Kremlchefs oft in Verlegenheit gebracht hat, auch anlässlich der Annexion der Krim. Er ist Mitglied des Aufsichtsrates von Nord Stream 1, Nord Stream 2 und Rosneft und wird ab Juni auch dem Aufsichtsrat von Gazprom angehören, dem russischen Gasmonopolisten und einem der unzähligen Ausdrucksformen von Putins Macht (L. De Biase, *E l'ex cancelliere Schroeder nel cda di Gazprom*, «il Manifesto», 5. Februar 2022 [PDF](#); *Le poltrone russe di Schröder che imbarazzano Berlino*, «Il Sole 24 Ore», 8. Februar 2022 [PDF](#); T. Mastrobuoni, *Tutti contro Schroeder il russo. «Via i privilegi da ex cancelliere»*, in «la Repubblica», 8. Februar 2022 [PDF](#); P. Valentino, *Il peso di Schröder uomo di Vladimir. La Spd (finalmente) saprà liberarsene?*, in «Corriere della Sera», 14. Februar 2022 [PDF](#)). Schröder scheint auch ein guter Freund des russischen Präsidenten zu sein, so sehr, dass die beiden SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil sowie acht weitere ehemalige Vorsitzende der Sozialdemokraten einen offenen Brief an Schröder richteten und ihn aufforderten, sich öffentlich vom Kremlchef zu distanzieren. Stattdessen beschloss Schröder, nach Moskau zu fliegen, um mit dem russischen Präsidenten einen Frieden auf den Weg zu bringen. Natürlich traf sich der Altkanzler mit Putin nicht als Vertreter Deutschlands, sondern als freier Bürger, so dass die Regierung von Olaf Scholz erklärte, sie habe von der 'Mission' nichts gewusst (*Schroeder si nomina mediatore e va a Mosca*, in «Avvenire», 11. März 2022 [PDF](#); *Schroeder vola a Mosca per trattare la pace. L'imbarazzo del Governo tedesco: non sapevamo*, in «La Nazione», 11. März 2022 [PDF](#); A. Krali, *Germania e Putin relazioni pericolose*, in «L'eco di Bergamo», 14. März 2022 [PDF](#)).

Die Presse widmete damals dem Erliegen der Beziehungen zwischen Kiew und Berlin viel Aufmerksamkeit. Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier musste seinen Besuch in Kiew als Zeichen der Solidarität absagen, weil seine

Anwesenheit in der ukrainischen Hauptstadt von Wolodymyr Selenskij nicht erwünscht war. Die ukrainische Führung hält ihn nämlich immer noch für einen zu starken Dialogpartner Moskaus. Eine schwerwiegende Brüskierung, die in Berlin sofortige Reaktionen nach sich zog: Bundeskanzler Scholz bezeichnete die Entscheidung Kiews als «gelinde gesagt irritierend» und erklärte zudem, dass er vorerst nicht in die Ukraine reisen werde. Das Problem hängt sicherlich mit den früheren Positionen Steinmeiers zusammen, der als Außenminister unter Angela Merkel jahrelang das Gesicht der Politik der Offenheit und der starken Handelsbeziehungen zu Russland war. Steinmeier war auch ein starker Befürworter von Nord Stream 2 und einer der Initiatoren der Minsker Vereinbarungen zwischen Russland und der Ukraine. Scholz kritisierte die Haltung Kiews scharf, denn abgesehen von Steinmeiers früheren Positionen vertrete er heute Deutschland, und ein Treffen mit ihm abzulehnen, bedeute, den Dialog mit Berlin zu verweigern (P. Valentino, *È gelo tra Zelensky e la Germania. Scholz: irritante, non andrò a Kiev*, in «Corriere della Sera», 14. April 2022 [PDF](#); F. Bussotti, *Energia, così Berlino indebolisce l'Europa. Crisi tra Scholz e Kiev*, in «Il Gazzettino», 14. April 2022 [PDF](#)).

Ferner widmete die italienische Presse Raum für einige Überlegungen zu den begrenzten Möglichkeiten Europas, welche durch den derzeitigen Konflikt sichtbar werden. Hätte die EU in den vergangenen Jahren einen einzigen Außenminister gehabt, wäre es möglich gewesen, die Lage im Osten unter Kontrolle zu halten und die russisch-ukrainische Krise in gewisser Weise vorherzusehen. Für Putin wäre dies ein Zeichen der Geschlossenheit gewesen und für Europa hätte es einen gemeinsamen Rahmen für eine klare außenpolitische Strategie gegeben. Die einzige Gewissheit ist, dass Europa nach diesem Konflikt nicht mehr dasselbe sein wird wie vorher und sich in vielerlei Hinsicht neu orientieren muss (C. Carboni, *La guerra ha dimostrato i limiti dell'Unione (e la strada da seguire)*, in «Il Sole 24 Ore», 15. März 2022 [PDF](#); V. Zagrebelsky, *Quel fallimento dei valori europei*, in «La Stampa», 15. März 2022 [PDF](#); E. Letta, *Un nuovo ordine europeo*, in «Il Foglio», 11. April 2022 [PDF](#); P. Gualtieri, *La guerra in ucraina pone l'Europa davanti un bivio tra rinascita o declino*, in «Il Sole 24 Ore», 12. April 2022 [PDF](#)).

Die Kriegspsychose hat auch Deutschland in sozialer und kultureller Hinsicht erfasst. Wie in den ersten Tagen des Konflikts in Italien, als ein Kurs über Dostojewski an der Universität Bicocca verschoben wurde, scheint auch in Deutschland eine Art Verdrängung der Erinnerung zu beginnen. Wenn man in Berlin von Westen nach Osten in Richtung Brandenburger Tor geht, kann man zwei Panzer der Roten Armee und dazwischen die Statue eines russischen Soldaten bewundern, die an die Eroberung Berlins im Jahr 1945 erinnern. Das für Deutschland wichtige historische Gedächtnis ist in Gefahr, zerstört zu werden. Die Christdemokratin Stefanie Bung hat nämlich vorgeschlagen, das Denkmal zusammen mit zwei anderen Denkmälern in der Stadt, die an die Rote Armee erinnern, zu entfernen. Glücklicherweise stieß der Vorschlag auf keine breite Zustimmung: Unter den deutschen Historikern sprachen sich viele gegen die Beseitigung der Denkmäler aus, und selbst die Präsidentin des Deutschen Bundestages unterstützte den Vorschlag nicht (R. Giardina, *Panzer sovietici via da Berlino*, in «ItaliaOggi», 20. April 2022 [PDF](#)).

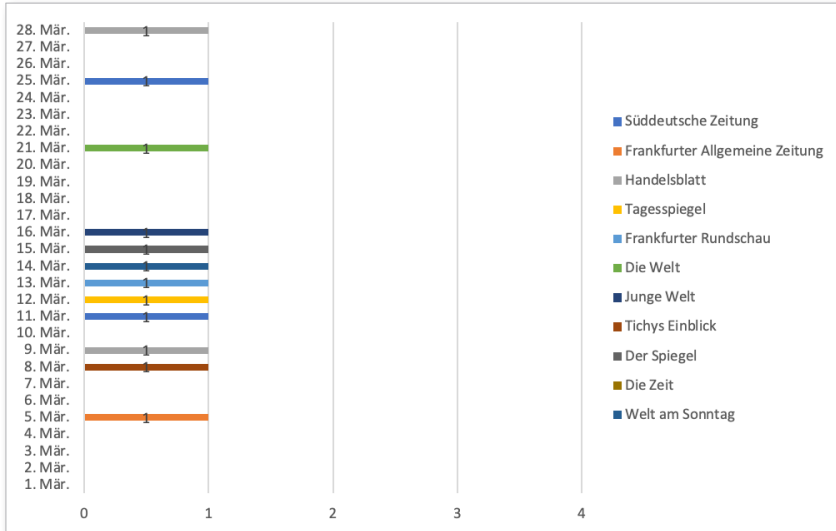
SANKTIONEN

(DEUTSCHE PRESSE)

Das Thema Sanktionen stand im Berichtsquartal der deutschen Presse im Mittelpunkt. Es wurde wiederholt betont, welches Gewicht die Sanktionen für Italien haben werden. Zu Beginn des Konflikts hatte Draghi zwar die russische Vorgehensweise verurteilt, aber gefordert, den Energiesektor von den Sanktionen auszunehmen, da Italien weder über Atomkraft noch über Kohle verfügt und nur auf Gas aus Putins Russland angewiesen ist. Draghis Position hat gezeigt, dass die EU-Mitgliedstaaten in der Frage der Sanktionen, über deren Härte in Brüssel intensiv verhandelt wurde, nicht alle auf einer Linie sind. Der Entwurf des ersten Sanktionspakets richtete sich gegen Banken, Finanzmärkte und den Außenhandel und enthielt u.a. Bestimmungen zur Beschränkung des Zugangs Russlands zu den europäischen Finanz- und Kapitalmärkten. In der heiklen Energiefrage war die EU jedoch, zumindest zu Beginn, in mehreren Punkten gespalten. Mit der Blockade der Genehmigung der Nord Stream 2-Pipeline wollte Bundeskanzler Olaf Scholz deutlich machen, dass Deutschland trotz seiner hohen Gasimporte aus Russland nicht zum Lager derer gehört, die die Sanktionen ausbremsen. Neben Italien zählten auch Österreich und Ungarn dazu. Im Gegensatz dazu haben baltische Staaten wie Litauen und Polen, die um ihre Sicherheit fürchten, begonnen, eine harte Antwort seitens der EU zu fordern. Der stellvertretende litauische Außenminister Arnoldas Pranckevicius forderte, dass die Sanktionen «nicht nur symbolisch» sein dürften. Der deutschen Presse zufolge bringt die Energiefrage Italien in eine unbequeme Lage, da es viel stärker von Russland abhängig ist als Deutschland (*Italien tut sich schwer mit Russland-Sanktionen*, in «Frankfurter Allgemeine

Zeitung», 23. Februar 2022 [PDF](#)). Die Sanktionen wirken sich nämlich auf die italienische Wirtschaft aus und treffen direkt die Verbraucher. Insbesondere bei den LKW-Fahrern führte dies zu einem Generalstreik, der die Wirtschaft buchstäblich lahm legt (G. Feldbauer, *Sanktionen schlagen Wellen*, in «Junge Welt», 15. März 2022 [PDF](#)). Aber es sind nicht nur die hohen Benzinpreise, die die Italiener belasten. Die Stadt Rom hat die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, die Heizungen sowohl in Privathäusern als auch in Büros und öffentlichen Gebäuden (einschließlich Schulen) runterzuschalten. Die Verringerung des Heizungsverbrauchs macht Italien natürlich nicht unabhängiger von russischem Gas, ist aber dennoch ein Akt der Solidarität mit dem ukrainischen Volk (D. Straub, *Frösteln für den Frieden*, in «Der Tagesspiegel», 15. März 2022 [PDF](#); D. Straub, *Italien kocht und heizt mit Gas*, in «Frankfurter Rundschau», 19. März 2022 [PDF](#)). Diesbezüglich lobte die deutsche Presse jedoch auch die Entscheidungen der Regierung Draghi, den Bürgern zu helfen. Insgesamt wurden 4,4 Mrd. Euro bewilligt, um die Autofahrer angesichts der hohen Benzinpreise zu unterstützen, und es wurden zahlreiche Fonds geschaffen, um bedürftigen Familien und Unternehmen zu helfen, auf denen die hohen Energiepreise lasten (*Wie andere Länder ihre Bürger entlasten*, in «Süddeutsche Zeitung», 25. März 2022 [PDF](#); *Tankrabatte, Zuschüsse, Deckelung der Gaspreise: So entlastet Europa*, in «Handelsblatt», 28. März 2022 [PDF](#); *Wie Mario Draghi die Inflation in den Griff bekommen will*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 1. April 2022 [PDF](#)). Premierminister Draghi will diese Hilfe auch auf die EU ausdehnen, indem er versucht, Brüssel eine Preisobergrenze für importiertes Gas vorzuschlagen, die dazu beitragen würde, die Einnahmen Moskaus unmittelbar zu verringern. Dieser Schritt würde Moskau schwächen und gleichzeitig ein vollständiges Embargo gegen russisches Gas vermeiden, welches ganze Länder, darunter auch Italien, in den Ruin treiben könnte. Laut der deutschen Presse finden die Politik und die Ideen Draghis große Zustimmung, was auch durch die Worte des grünen Wirtschaftswissenschaftlers und Politikers Felix Banaszak zum Ausdruck kommt (*EU verschärft Sanktionen*, in «Handelsblatt», 5. April 2022 [PDF](#)).

SANKTIONEN IN DER DEUTSCHEN PRESSE



Die Grafik bezieht sich auf den März 2022 und berücksichtigt die in der deutschen Presse veröffentlichten Artikel über die Haltung Italiens zu den Sanktionen.

Die vorsichtige Strategie von Premierminister Draghi geriet jedoch in Konflikt mit dem wachsenden Willen der EU, die Sanktionen bis hin zu einem Embargo zu verschärfen. Ein Teil der deutschen Presse, der der Regierung gegenüber kritischer eingestellt ist, unterstrich die unterschiedliche Haltung zwischen Italien und Deutschland. Beide Länder sind in hohem Maße von russischem Gas abhängig. Doch während die eine Seite angesichts der tragischen Lage an der Ostfront ein Embargo in Erwägung zieht, schließt die andere Seite diese Möglichkeit weiterhin aus. In der deutschen Presse verspürt man einen gewissen Unwillen gegenüber dem klaren 'Nein' zum Embargo von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP). Indem die Presse Italien mit Deutschland vergleicht, scheint sie die Rechtfertigung der Regierung Draghi mit derjenigen von Scholz vergleichen zu wollen (V. Kirst, *Italien will für Energie-Embargo der EU stimmen*, in «Die Welt», 6. April 2022 [PDF](#)).

In Bezug auf die Sanktionen lobte die deutsche Presse die Entschlossenheit von Ministerpräsident Draghi, der Anfang März

in einer Rede vor dem Senat die Verpflichtung zur Verschärfung der Sanktionen unterstrich und auf die Notwendigkeit hinwies, Vermögenswerte der russischen Zentralbank, welche bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich deponiert sind, einzufrieren. Darüber hinaus hat die deutsche Presse die Idee des italienischen Ministerpräsidenten, ein öffentliches internationales Register mit den Namen russischer Oligarchen mit einem Vermögen von mindestens 10 Mio. Euro anzulegen, mit dem Ziel, sie leichter sanktionieren zu können, umfassend unterstützt. Wie bekannt, beschloss die EU unterdessen Wirtschaftssanktionen, einschließlich eines vollständigen Verbots für russische Flugzeuge, den europäischen Luftraum zu überfliegen, und fror ferner die Vermögenswerte russischer Oligarchen und Putin-Vertrauter ein (*Weitere Sanktionsattacken gegen Moskau*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 2. März 2022 [PDF](#)). Der deutschen Presse zufolge war Italien beim Einfrieren von Vermögenswerten rigorosser. Während in vielen westlichen Ländern die Oligarchen die Zeit und vor allem die Mittel hatten, Schlupflöcher zu finden, um den Sanktionen zu entgehen, waren in Italien die staatlichen Behörden, Experten im Kampf gegen die Mafia und in der Beschlagnahme von Vermögenswerten von Kriminellen, damit beschäftigt, die Vermögenswerte der russischen Oligarchen ausfindig zu machen. Mordaschows Yacht Lady M, die 65 Millionen Euro wert ist, liegt im Hafen von Imperia vor Anker. Etwas weiter westlich, in San Remo, beschlagnahmte die Guardia di Finanza die Yacht Lena von Gennadi Timtschenko. Die italienische Finanzpolizei hat somit eine regelrechte Jagd auf das Vermögen der Oligarchen eröffnet und dabei mehr Ergebnisse erzielt als jedes andere europäische Land. Premierminister Draghi scheint jedoch noch nicht zufrieden zu sein und schlägt eine strengere Kontrolle der Oligarchen vor (*Die Suche nach den Vermögen der Oligarchen*, in «Süddeutsche Zeitung», 8. März 2022 [PDF](#); *Italiens Jagd auf russische Superjachten*, in «Die Welt», 21. März 2022 [PDF](#); *Italien knallhart gegen Oligarchen*, in «Bild», 1. April 2022 [PDF](#)).

Ebenfalls zu diesem Thema ist ein Artikel in der «Welt am Sonntag» sehr lesenswert, in dem es heißt: «Manchmal überraschen unsere entfernten Nachbarn im südlichen Europa dann doch mit ihrer Entschlossenheit». Die deutsche Presse bezieht sich auf die Absicht der italienischen Regierung, von der Mafia

beschlagnahmtes Eigentum zur Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge zu nutzen. Und man fragt sich, ob die gleiche Verfahrensweise auch in Deutschland mit dem beschlagnahmten Vermögen der russischen Oligarchen möglich wäre. In diesem Punkt legt Deutschland ein wichtiges *mea culpa* ab: Die deutsche Regierung weiß nicht exakt, welche Wohnungen von Oligarchen sind, und selbst wenn sie es wüsste, müssten diese Wohnungen an die Brandschutzvorschriften und das sehr strenge Baurecht für Nutzungsänderungen angepasst werden. Der Artikel schließt daher mit einer eher überraschenden These: Italien ist viel schneller als Deutschland, wenn es darum geht, auf eine humanitäre Krise zu reagieren (M. Fabricius, *Lernen von Italien*, in «Welt am Sonntag», 13. März 2022 [PDF](#)).

SANKTIONEN

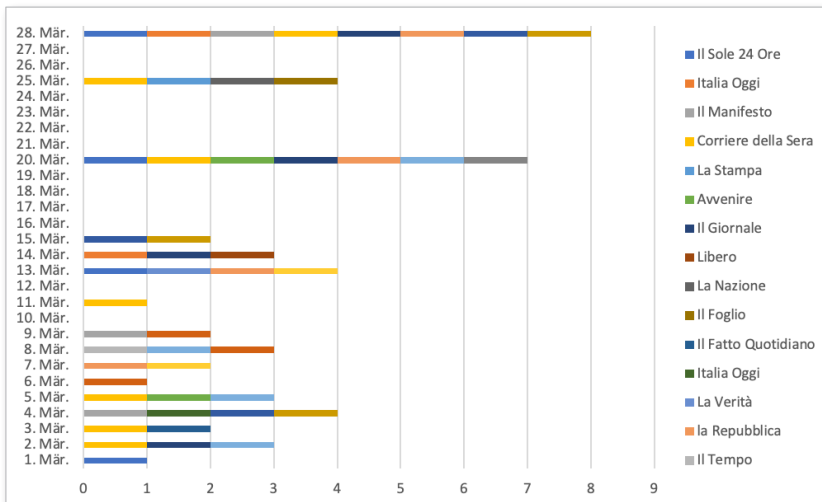
(ITALIENISCHE PRESSE)

Bezüglich der Sanktionen ist die Diskrepanz zwischen der deutschen und der italienischen Presse interessant. Wie bereits erwähnt, hat die deutsche Presse wiederholt auf die klare Abhängigkeit Italiens von russischem Gas hingewiesen, das etwa 40% des nationalen Bedarfs ausmacht. In der italienischen Presse hingegen ist zu lesen, dass die deutsche Entscheidung, die größte Sanktion gegen Moskau, nämlich das Embargo im Energiesektor, nicht anzuwenden, als Reaktion auf die Sorge um den unvermeidlichen Anstieg der Energiepreise zu sehen ist, der zu Lasten der Verbraucher gehen würde. Laut der italienischen Presse wäre Deutschland nicht in der Lage, angemessen auf die unvermeidbare Krise im Energiesektor zu reagieren, während Italien einigen Artikeln zufolge in der Lage wäre, einen Ausweg aus den Sanktionen gegen Russland zu finden, indem es weiterhin Gas von anderen Lieferanten erwirbt. Für die Presse ist es daher plausibel, sich vorzustellen, dass Italien keine Versorgungsprobleme haben wird, da es sich normalerweise aus 22 verschiedenen Ländern versorgt. Die italienische Presse nennt einige Zahlen, die in deutlichem Gegensatz zu denen der deutschen Presse stehen. Es scheint, als hinge Italien nur zu 13% von russischem Öl ab, während es in Deutschland 30% sind (V. Ricciardi, *La Germania ferma l'embargo europeo al petrolio russo*, in «Domani», 8. März 2022 [PDF](#); G. Faggionato, *Nella guerra parallela del petrolio gli Stati Uniti decidono e l'UE perde*, in «Domani», 9. März 2022 [PDF](#); A.M. Merlo, *L'indipendenza dal gas non è uguale per tutti*, in «il Manifesto», 9. März 2022 [PDF](#)).

Die starke Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas wurde auch vom deutschen Finanzminister Christian Linder

eingerräumt, der zum Abschluss des EU-Finanzministertgipfels die deutsche Russlandpolitik der letzten zehn Jahre scharf kritisierte. Deutschland hat sich in der Tat vollständig von russischen Ressourcen abhängig gemacht, was zu einer raschen Änderung der Energiepolitik führen muss. (C. Lindner, *Il mea culpa di Berlino sui legami con Mosca*, in «Il Gazzettino», 6 aprile 2022 [PDF](#)). In einem Interview mit Reinhard Bütikofer werden genau diese Themen aufgegriffen. Nach Ansicht der Grünen besteht die einzige Möglichkeit, den Konflikt und die Hegemonie Putins zu beenden, darin, den Import von Treibstoff aus Moskau endgültig einzustellen. Dies ist eine ganz andere Politik als jene, die Angela Merkel seit fast zwei Jahrzehnten verfolgt hat. Bütikofer äußerte jedoch auch seine Besorgnis hinsichtlich der Gasfrage, die angesichts der starken Abhängigkeit Deutschlands und anderer europäischer Länder von Russland nicht auf die gleiche Weise behandelt werden kann. Eine plötzliche Einstellung der Gasversorgung würde zu einem rapiden Rückgang vieler europäischer Volkswirtschaften führen (*«A Berlino ci sono troppi filo-russi dobbiamo bloccare subito il petrolio»*, in «Il Gazzettino», 17. April 2022 [PDF](#)).

SANKTIONEN IN DER ITALIENISCHEN PRESSE

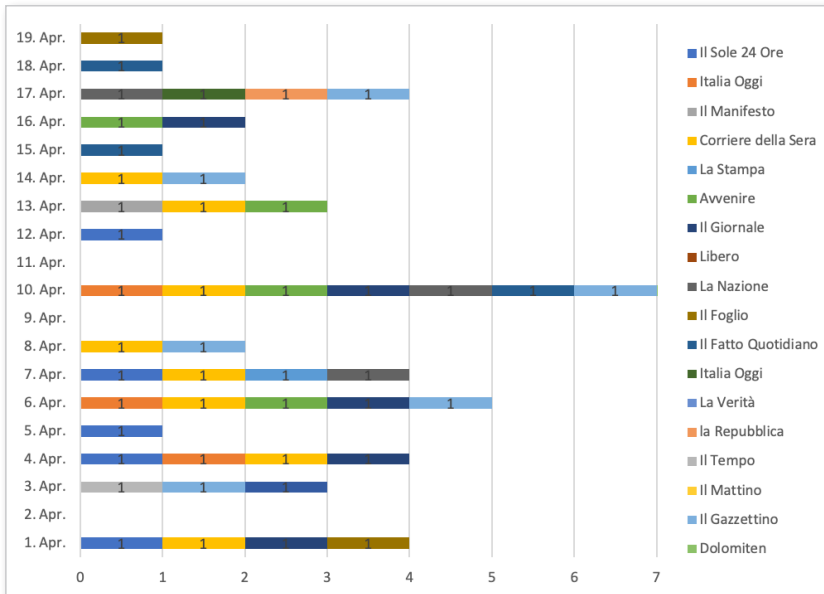


Die Grafik bezieht sich auf den März 2022 und berücksichtigt die in der italienischen Presse veröffentlichten Artikel über die deutsche Haltung zu Sanktionen.

Laut der italienischen Presse hat Deutschland dennoch versucht, schnell auf die Energiekrise zu reagieren. Am 4. April 2022 kündigte Wirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck die vorübergehende Verstaatlichung von Gazprom Deutschland an, der deutschen Tochtergesellschaft des gleichnamigen russischen Energieriesen, die bisher Gas im Bundesgebiet gespeichert und verteilt hat. Bis zum 30. September 2022 geht die Leitung des Unternehmens an die Bundesnetzagentur über, eine von der Regierung kontrollierte Bundesbehörde. Die Entscheidung wurde mit Gründen der nationalen Sicherheit motiviert und bricht ein wirtschaftliches Tabu, da zum ersten Mal ein ausländisches Privatunternehmen unter staatlichen Zugriff gestellt wird. Der italienischen Presse zufolge fügt der Konflikt Deutschland in dieser Hinsicht weit mehr Schaden als jedem anderen europäischen Land (entgegen den Behauptungen der deutschen Presse) zu. In der Tat hat die Bundesregierung eingestanden, dass die russische Aggression die Kurzsichtigkeit früherer Bundesregierungen aufgedeckt hat, die sich fast gänzlich von fossilen Importen aus Russland abhängig gemacht haben (P. Valentino, *La svolta tedesca senza gas russo: il cambio di passo della Germania*, in «Corriere della Sera», 10. April 2022 [PDF](#); *Metano, la Germania verso l'esproprio*, in «Corriere della Sera», 14. April 2022 [PDF](#)).

Allgemein zum Thema der Sanktionen hat Italien laut der Presse eher eine Nähe zu Frankreich gezeigt. Draghis Idee einer gemeinsamen europäischen Verschuldung ist in Italien, Frankreich und sogar Deutschland auf breite Zustimmung gestoßen. Wie bereits erwähnt, lobten deutsche Publizisten Draghis Vorschläge auf dem Treffen in Versailles. Die gemeinsame Linie von Frankreich und Italien steht jedoch im Gegensatz zur eher vorsichtigen deutschen Sanktionspolitik (S. Montefiori, *Sostegni all'economia, sanzioni: l'asse tra Draghi e Macron contro Germania e Paesi Bassi*, in «Corriere della Sera», 11. März 2022 [PDF](#)).

SANKTIONEN IN DER ITALIENISCHEN PRESSE



Die Grafik bezieht sich auf den Monat April 2022 und berücksichtigt die in der italienischen Presse veröffentlichten Artikel über die deutsche Position zu den Sanktionen.

Der sozialdemokratische Bundeskanzler hat trotz dieser Schwierigkeiten wiederholt versucht, eine härtere und entschiedene Politik gegenüber Moskau umzusetzen, sowohl bei den Sanktionen als auch in der Frage der Waffenlieferungen an Kiew. Um die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl zu verringern, hat sich Berlin dafür entschieden, die Energiediversifizierung entscheidend zu forcieren. Bereits am 25. Februar hat Deutschland das Nord Stream 2-Projekt als Sanktionsmaßnahme gegen Russland gestoppt. Dieser anfängliche Versuch, eine starke Politik zu betreiben, wurde jedoch angesichts der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Berlin und Kiew, die auch auf den gescheiterten Besuch des deutschen Bundespräsidenten Steinmeier zurückzuführen ist, abgebrochen. Nach dieser Episode wird Deutschland in der italienischen Presse endgültig als Schwachpunkt Europas in der Sanktionsfrage angesehen. Die Demonstration der gescheiterten Berliner Politik wird von der Presse in

Scholz klarem «Nein» zu einem totalen Embargo gesehen. Diese Entscheidung ist sicherlich auf die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas zurückzuführen, die offenkundig Ängste vor wirtschaftlichen Folgen, sozialen Unruhen und politischen Krisen auslöst. Ein Erdgasembargo würde nach Angaben führender Wirtschaftsinstitute zu einer schweren Rezession und einer Rekordinflation führen. Ein Gasembargo würde Deutschland in diesem Jahr und im Jahr 2023 220 Milliarden Euro kosten. Berlin will bis 2024 unabhängig von russischem Gas sein und in diesem Jahr die Ölimporte einstellen (F. Bussotti, *Energia, così Berlino indebolisce l'Europa. Crisi tra Scholz e Kiev*, in «Il Gazzettino», 14. April 2022 [PDF](#); A. Bas, *Per Mosca un duro colpo ma in Europa è allarme per il prezzo dei carburanti*, «Il Gazzettino», 15. April 2022 [PDF](#)). Während Italien nach Alternativen für Gaslieferungen sucht, vor allem in Algerien und Ägypten, hat Deutschland keine andere Wahl, als sich dem Embargo entschieden zu widersetzen, was die harschen Worte von Selenskyj auf sich zieht, der in einem Interview mit der BBC Berlin und Budapest vorwarf, «blutverschmiertes» Geld zu bezahlen (R. Castelletti, *Putin «Il nostro gas è insostituibile». Zelensky accusa Germania e Ungheria*, in «la Repubblica», 15. April 2022 [PDF](#)).

Neben dem *mea culpa* in der Energiefrage hat in Deutschland ein umfangreicher Prozess der Selbstkritik begonnen. Bundespräsident Steinmeier räumte ein, dass er die russische Gaspipeline jahrelang zu Unrecht als reines Handelsgeschäft verteidigt hatte, aber wie wir gesehen haben, reichte das den Verantwortlichen in Kiew nicht aus. Darüber hinaus führen einige deutsche Medien einen regelrechten Prozess gegen die großen, mit Russland verbundenen Industriekonzerne, die bis gestern noch für ihre glänzenden Geschäftsergebnisse gelobt wurden, jetzt aber der übermäßigen Nachsicht oder, schlimmer noch, der Blindheit gegenüber Putins Vergehen beschuldigt werden (T. Oldani, *Spietate autocritiche in Germania: sui misfatti di Putin i big dell'industria tedesca hanno chiuso gli occhi per anni*, in «ItaliaOggi», 14. April 2022 [PDF](#); L. Di Giuseppe, *Così la Russia si è insediata nella politica tedesca*, in «Domani», 20. April 2022 [PDF](#)).

Wie in Italien sind auch in Deutschland die sozialen Auswirkungen der Sanktionen zu verspüren. Die italienische Presse hat den deutschen Gewerkschaften besondere Aufmerksamkeit

gewidmet, die sich mit Nachdruck gegen das russische Gasembargo stellen. Die Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB, Reiner Hoffmann, und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie BDA, Rainer Dulger, haben erklärt, dass das rasche Lieferverbot aus Moskau zur Deindustrialisierung Deutschlands führen wird. Auch deshalb befindet sich die Regierung Scholz in einer kritischen Situation. Sie hat zwar auf eine Senkung des Binnenverbrauchs gedrängt, aber bisher nicht versucht, die Deutschen von der Gleichwertigkeit zwischen abgeschalteten Klimaanlage (oder Heizkörpern) und dem finanziellen Bankrott Putins zu überzeugen. (S. Canetta, *Germania. Embargo sul gas russo, no di aziende e sindacati*, in «il Manifesto», 19. April 2022 [PDF](#)).

KRIEGSVERBRECHEN

(ITALIENISCHE PRESSE)

Die Frage der Kriegsverbrechen in der Ukraine ist sicherlich ein wichtiges Thema in der internationalen Presse. Die italienischen Zeitungen haben sich auf die Rolle Deutschlands konzentriert. Deutschland ist dabei, ein ‘neues Nürnberg’ gegen Putins Truppen zu organisieren, die in der Ukraine offenkundig das Völkerrecht verletzen. Der Generalbundesanwalt, Peter Frank, sammelt Beweise für Streubomben, die auf ukrainische Städte abgeworfen wurden, sowie für Angriffe auf zivile Infrastruktur und Häuser, Krankenhäuser, Gasleitungen, ein Lager für radioaktives Material und ein Wärmekraftwerk. Frank äußerte die Befürchtung, dass die Liste der Gräueltaten noch länger werden wird, wenn der Konflikt nicht beendet wird. Bei den so genannten ‘strukturellen Ermittlungen’ sammeln die Ermittler zunächst Beweise für die begangenen Straftaten. Die Zeugenaussagen der ukrainischen Flüchtlinge, die zu Zehntausenden aus den Kriegsgebieten kommen (fast sechzigtausend sind in Deutschland angekommen), werden für diesen Zweck von unschätzbarem Wert sein. Erst später werden sie gezielt Anklage gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher erheben (T. Mastrobuoni, *Berlino prepara contro i russi una nuova Norimberga*, in «la Repubblica», 9. März 2022 [PDF](#); M. Ventura, *I responsabili dei massari pagheranno*, in «il Gazzettino», 11. April 2022 [PDF](#)).

Die italienische Presse hat die vom «Spiegel» veröffentlichten Abhöraktionen offensichtlich in den Vordergrund gerückt. In Deutschland sind eindeutige Beweise dafür aufgetaucht, dass Putins Truppen die volle Verantwortung für das Massaker von Butscha tragen. Laut des «Spiegels» hat der Bundesnachrichtendienst (BND) Funkprüche abgefangen, in denen das russische

Militär die Ermordung von Zivilisten in besetzten ukrainischen Städten diskutiert. Diese Abhörmaßnahmen liefern auch den ersten Beweis für die aktive Beteiligung der berüchtigten Wagner-Gruppe an der Front nördlich von Kiew, den russischen Söldner im Dienste des Kremls, die bereits für ihre Gräueltaten in Syrien und Mali berüchtigt sind. Natürlich dementiert Moskau lautstark die Rekonstruktion des Geheimdienstes in Berlin und bezeichnet das Massaker von Butscha als «eine Erfindung der ukrainischen Regierung». Die Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen stehen somit erst am Anfang, und die Bundesanwaltschaft beabsichtigt, alle nützlichen Informationen zu verwenden, die während der Besetzung durch russische Truppen vor Ort gesammelt wurden, wobei sie, genau wie in Syrien, vom Weltrechtsprinzip Gebrauch macht, das deutschen Richtern ermöglicht, Beschuldigte unabhängig von ihrer Nationalität und dem Ort, an dem das Verbrechen begangen wurde, strafrechtlich zu verfolgen (S. Canetta, *Der Spiegel, le telefonate dei soldati russi sul massacro di Bucha*, in «il Manifesto», 8. April 2022 [PDF](#); *Berlino: a Bucha massacri internazionali*, in «Il Secolo XIX», 8. April 2022 [PDF](#)).

ITALIENISCHE INNENPOLITIK

(DEUTSCHE PRESSE)

In der deutschen Presse wurden nicht nur die politischen Positionen zum Konflikt ausführlich dargestellt, sondern auch die innenpolitische Situation Italiens thematisiert. Im Februar wurde auf die enormen Schwierigkeiten Italiens bei der Bewältigung der hohen Energiepreise aufmerksam gemacht. Premierminister Draghi erhielt zahlreiche Schreiben der italienischen Industrie, die angesichts der hohen Energiepreise, die das Land zu lähmen drohen, um Hilfe baten. Die deutsche Presse bezeichnete dieses ernste Szenario als das Ende des Draghi-Effekts, der nach dem Debakel bei der Wahl des Staatspräsidenten, das, wie bereits erwähnt, die Schwäche des italienischen Parlaments deutlich gemacht hatte, nun mit einer immer schwächeren und zersplitterten Mehrheit zu kämpfen hat (*Italien im Strompreis-Schock*, in «Süddeutsche Zeitung», 11. Februar 2022 [PDF](#)). Die deutsche Presse ist davon überzeugt, dass der Ministerpräsident, wenn er weiterhin einen positiven Einfluss auf das Land ausüben will, notwendigerweise die Unterstützung einer starken proeuropäischen Mitte finden muss, die derzeit in der italienischen politischen Landschaft nicht vorhanden ist. In diesem Sinne könnte Draghis natürlicher Partner die sozialdemokratische Fraktion von Enrico Letta zusammen mit Italia viva, der Partei des ehemaligen Premierministers Matteo Renzi sein. Jenseits der möglichen Szenarien und hypothetischen Koalitionen ist sich die deutsche Presse über die geschwächte Rolle von Mario Draghi einig. (*Draghi braucht die starke Mitte*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 12. Februar 2022 [PDF](#)). Ein Beispiel für die Zersplitterung, die die Regierung Draghi schwächt, war seine Entscheidung, den Gipfel mit der Afrikanischen Union

in Brüssel vorzeitig zu verlassen, um sich den Führungskräften seiner Koalition zu stellen. Während des Treffens sagte der Premierminister, die Parteien sollten deutlich machen, ob sie weiterhin bereit seien, Reformen zu unterstützen und an der Modernisierung des Landes mitzuarbeiten. Am Abend zuvor hatten die Abgeordneten der Koalition in vier Punkten gegen ihre eigene Regierung gestimmt und damit die Gesetzentwürfe zunichte gemacht. Der zuständige Ausschuss der Abgeordnetenkammer hat auch verhindert, dass die Obergrenze für Barzahlungen von 2000 auf 1000 Euro gesenkt wird. Dies war einer der wichtigsten Schritte, die Draghi zur Bekämpfung der grassierenden Steuerhinterziehung unternehmen wollte. Die deutsche Presse berichtet über einen möglichen Grund für die Entscheidung der Regierungskräfte, Mario Draghi 'einen Strich durch die Rechnung zu machen': Die Wahlen 2023 bereiten allen Spitzenpolitikern der Regierungsparteien Sorgen, da sie die Zustimmung der Wähler nicht verlieren wollen. So ist die Steuerreform seit Monaten blockiert, bei der Neuordnung des Justizwesens und dem Versuch, mehr Wettbewerb im Badebetrieb einzuführen, haben sich die Vertreter der Parteien von den Beschlüssen distanziert, die kurz zuvor noch von ihren eigenen Ministern unterstützt wurden. Eine unhaltbare Situation für Premierminister Draghi (*Widerstand und Standpauke*, in «Frankfurter Rundschau», 21. Februar 2022 [PDF](#)).

Die italienische Politik stand auch im Mittelpunkt einiger Überlegungen zu einem möglichen 'Dreieck' Rom-Berlin-Paris. Die deutsche Presse erinnert daran, dass die deutsch-französischen Beziehungen auf weltweit bekannten symbolischen Bildern beruhen. Man denke an das Foto von Kohl und Mitterrand, Hand in Hand, auf dem Kriegsfriedhof in Verdun. Das Signal war eindeutig: Nach Jahrzehnten des Krieges hatten sich Deutschland und Frankreich zu einer Zusammenarbeit und einer engen politischen Kooperation verpflichtet. Der Austausch von Beamten, Sicherheitskonsultationen und bilaterale Vereinbarungen in internationalen Kommissionen stehen nun auf der Tagesordnung der Europapolitik der beiden Länder. Die Beziehungen Italiens zu Deutschland und Frankreich hingegen können sich kaum auf derartige Symbole stützen. Aus italienischer Sicht geht das wichtigste Bild des deutsch-französischen

Paares auf die Krise von 2011 zurück, als Italien am Rande des Staatsbankrotts stand. Damals gaben Angela Merkel und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy eine gemeinsame Pressekonferenz. Auf die Frage eines Journalisten, ob die beiden noch Vertrauen in die Krisenbewältigung des damaligen italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi hätten, antworteten die Regierungschefs mit einem lächelnden Blick. Die Aufnahmen sorgten in ganz Europa für Aufsehen und wurden auch von Berlusconis italienischen Gegnern missbilligt: Viele sahen darin eine anschauliche Darstellung zweier Staatsoberhäupter, die die rechtmäßige Regierung eines anderen Mitgliedstaates geringschätzig behandeln. Das Lächeln von Merkel und Sarkozy hat das starke Gefühl der politischen Unterlegenheit Italiens nur noch weiter verstärkt. Häufige Regierungswechsel und ein schlecht funktionierender Staatsapparat sind die größten Defizite des Landes, das eigentlich zu den stärksten Volkswirtschaften Europas gehört. Infolgedessen hat die deutsch-französische Achse immer den Verdacht aufkommen lassen, dass Italien von seinem rechtmäßigen Platz in der vermeintlichen europäischen Führung ausgeschlossen wurde. Das jüngste Treffen zwischen den Vereinigten Staaten, Deutschland, Großbritannien und Frankreich zur Ukraine-Krise hat sicherlich nicht dazu beigetragen, dies zu widerlegen. Der Wind hat sich jedoch definitiv gedreht, und die starke Persönlichkeit von Mario Draghi trägt zu diesem Wandel bei. Die deutsche Presse berichtet über Äußerungen von Bundeskanzler Scholz, der einen gemeinsamen Aktionsplan zur Stärkung der Partnerschaft zwischen Deutschland und Italien angekündigt hat. Die politischen Umstände sind äußerst günstig: In Berlin will die neue Regierung die deutsche Europapolitik neu gestalten, während in Rom ein deutliches Bekenntnis zu den Verträgen besteht. Die vom ehemaligen EZB-Präsidenten geführte Koalition hat kürzlich den so genannten Quirinale-Vertrag mit Frankreich unterzeichnet, ein langjähriges Projekt der italienischen Diplomatie zur Stabilisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Diese Vereinbarung sollte auch als Versuch gesehen werden, die Vormachtstellung der deutsch-französischen Achse zu relativieren; die gemeinsame Position von Draghi und Macron, die beide flexiblere europäische Verschuldungsregeln wünschen, hat sicherlich dazu beigetragen, das Band

zwischen den beiden Ländern zu stärken. Rom ist sich jedoch auch bewusst, wie wichtig es ist, ein 'Dreieck' zwischen den drei Ländern über ein entsprechendes Abkommen mit Deutschland zu schaffen. Der Besuch von Außenminister Baerbock im Januar zeigt, dass die beiden Länder bereits viele Gemeinsamkeiten haben, z. B. enge wirtschaftliche Beziehungen und vergleichbare Ansichten zur Migration sowie eine gemeinsame Sichtweise der NATO und der europäischen Sicherheit. Der deutschen Presse zufolge täte die deutsche Regierung gut daran, die Regierung Draghi zur Umsetzung stabiler Verträge mit Italien zu nutzen. (M. Freyrie, *Dreieck statt Achse*, in «Taz. Die Tageszeitung», 22. Februar 2022 [PDF](#)).

Auch die wirtschaftliche Lage Italiens steht im Fokus der deutschen Überlegungen. Die Wahl Draghis hatte Hoffnungen auf einen erneuten Wirtschaftsaufschwung geweckt, die durch das Wachstum von 6,6% im vergangenen Jahr bestätigt wurden. Nun aber hat Draghis Zaubergriff angeblich nachgelassen. Der Arbeitgeberverband schätzt, dass das BIP im ersten Quartal 2022 um 0,2 Prozent und im zweiten Quartal um 0,5 Prozent sinken wird. Es gibt auch viel schlimmere Szenarien, die eine anhaltende Rezession bis 2023 beinhalten. Grund für die Rezession ist zweifellos die Kriegssituation, die zu einem Anstieg der Preise für Rohstoffe geführt hat, welche für das Wirtschaftswachstum entscheidend sind (*Italien rutscht in die Rezession*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 4. April 2022 [PDF](#)).

Es gab auch andere Themen, die das Interesse der deutschen Presse auf sich zogen. So war beispielsweise die Frage der Subventionen für das Bauwesen ein zentrales Thema in der ausländischen Presse. Durch Abhörmaßnahmen der Staatsanwaltschaft bei einer Reihe von Unternehmern wurden zahlreiche Betrügereien aufgedeckt, die gerade mit dem Sanierungsbonus begangen wurden. Tatsächlich hat der italienische Staat im Frühjahr 2020, während des ersten Lockdowns, ein Programm zur Steigerung der Energieeffizienz von Wohngebäuden aufgelegt. Damals steckte Italien seit zwei Monaten in der Sackgasse, die Wirtschaft brach zusammen, und der damalige Ministerpräsident Giuseppe Conte beschloss, mit Finanzmitteln zu intervenieren, die als 'großzügig' zu bezeichnen, ziemlich gelinde ausgedrückt wäre. Der Staat beschloss, die Kosten für

Übergangsmaßnahmen hin zu mehr Nachhaltigkeit in vollem Umfang zu übernehmen, indem er einen zusätzlichen Steuererrabatt von zehn Prozent gewährte. Die Zusatzprämie, die Renovierungen ermöglichen sollte, ohne dass die Eigentümer einen einzigen Euro zahlen mussten, löste eine ganze Reihe von Betrugsfällen in Milliardenhöhe aus. Nach Angaben der deutschen Presse hat Ministerpräsident Draghi zu recht beschlossen, den Exzessen Einhalt zu gebieten. In nur wenigen Monaten deckten Steuerfahnder landesweit fiktive Forderungen in Höhe von 4,4 Milliarden Euro auf. Den Staatsanwälten gelang es, 2,3 Milliarden Euro zu beschlagnahmen: Scheinfirmen stellten Rechnungen für Arbeiten aus, die nie ausgeführt wurden, und kassierten dann Steuergutschriften. Finanzminister Daniele Franco bezeichnete diese Betrugsmasche als einen der größten Betrugsfälle, den die Republik je erlebt hat. Die Regierung in Rom hat zu recht beschlossen, die Regeln für den ‘Superbonus’ zu verschärfen. Der deutschen Presse zufolge ist der Steuerbetrug jedoch möglicherweise nicht einmal die schlimmste Folge des 33-Milliarden-Euro-Programms des Staates. Die enormen Finanzmittel verursachen in der Tat nachhaltigere Schäden. Das hoch verschuldete Land verschenkt im Grunde Geld an die Reichen, heizt die ohnehin schon stark aufgeblähte Bauwirtschaft an und reißt tiefe Löcher in den Staatshaushalt. Dies ist kein gutes Zeichen für die Zukunft. Die Blase im Bausektor gefährdet den Erfolg der Investitionen aus dem EU-Wiederaufbaufonds. Was in Italien geschieht, ist auch für die Nachbarländer von Interesse. In der Europäischen Union sind drei Viertel der Gebäude nicht energieeffizient. Ihre Modernisierung könnte die klimaschädlichen Emissionen um fünf Prozent senken. Aber in der EU wird nicht einmal ein Prozent des Gebäudebestands jedes Jahr modernisiert. Wenn die Europäer ihr Klimaziel erreichen wollen, die Treibhausgasemissionen in diesem Jahrzehnt auf 55% unter das Niveau von 1990 zu senken, sind auch im Gebäudesektor große Anstrengungen erforderlich. Aus diesem Grund wird nach wirksamen Maßnahmen gesucht. Aber der italienische ‘Superbonus’ erfüllt die Voraussetzungen, als warnendes Beispiel für wirtschaftliche Fehler in die Lehrbücher aufgenommen zu werden. In der deutschen Presse ist zu lesen, dass der ‘Superbonus’ ein gutes Instrument für die ökologische

Wende hätte sein können, aber die 'italienische' Methode (Gesetz gemacht und Schlupfloch gefunden) hat ihn zu einem weiteren Instrument der Steuerhinterziehung gemacht (U. Sauer, *Alles umsonst*, in «Süddeutsche Zeitung», 24. März 2022 [PDF](#)).

Auch in der deutschen Presse wurde viel über Silvio Berlusconi berichtet, nicht nur im Zusammenhang mit dem Krieg an der Ostfront. Auch sein Telekommunikationsgeschäft und seine Beteiligung am deutschen Fernsehsender Pro Sieben Sat 1 sind ins Blickfeld geraten: Offenbar kontrolliert Media For Europe (MFE) inzwischen mehr als 25% der Anteile an Deutschlands größtem privaten Fernsehsender und ist damit der mit Abstand größte Aktionär. Das Paket hat einen Wert von 675 Millionen Euro. Media For Europe mit Sitz in Amsterdam wird von Berlusconis Sohn Pier Silvio verwaltet und umfasst das Mailänder Fernsehunternehmen Mediaset und 56% von Mediaset España. Ziel ist die Schaffung eines europaweiten Fernsehdienstleisters. Rainer Beaujean, Geschäftsführer von Pro Sieben Sat 1, ist nicht einverstanden und setzt sich für die Unabhängigkeit des Unternehmens ein. Die deutsche Presse fragt sich daher, ob Berlusconi seine Kontrolle über den deutschen Sender Pro Sieben Sat 1 ausbauen will. (*Berlusconi ante portas*, in «Süddeutsche Zeitung», 16. März 2022 [PDF](#); *Das Schweigen der Fernsehbarone*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 6. April 2022 [PDF](#)). Das Interesse an Berlusconi hält auch in Fragen der Justiz an. Die deutsche Presse hat über die juristischen Angelegenheiten des Vorsitzenden von Forza Italia berichtet, der im Zusammenhang mit seinen Partys mit jungen Frauen angeklagt ist. (*Prozess gegen Berlusconi*, in «Süddeutsche Zeitung», 31. März 2022 [PDF](#)).

Weitere Themen, die die deutsche Presse beschäftigt haben, sind die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen gegen die Vergabe von Konzessionen für Bäder und die schwerwiegenden Ereignisse im Zusammenhang mit Schülerpraktika, bei denen zwei Jugendliche im Alter von nur 18 Jahren innerhalb weniger Wochen ums Leben gekommen sind.

Die erste Ausgabe wurde von der deutschen Presse positiv aufgenommen, die darauf hinwies, dass frühere Regierungen sich geweigert hatten, sich an die von der Europäischen Union aufgestellten Wettbewerbsregeln in Bezug auf die Konzessionierung von Staatseigentum, in diesem Fall von Stränden,

die als bezahlte Niederlassungen genutzt werden, anzupassen. Stattdessen hat die Regierung Draghi beschlossen, sich an anderen europäischen Ländern zu orientieren, indem sie für mehr Wettbewerb in diesem Sektor sorgt. Bestehende Konzessionen bleiben bis Ende 2023 gültig, aber unmittelbar danach werden öffentliche Ausschreibungen stattfinden. (*Weniger Dolce Vita für Strandbetreiber*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 17. Februar 2022 [PDF](#); *Draghis Sand-Revolution*, in «Frankfurter Rundschau», 18. Februar 2022 [PDF](#)).

Das Thema des Todes junger Menschen während eines Praktikums ist ein heikles Thema, das in der deutschen Presse Resonanz gefunden hat. Der Tod zweier junger Menschen, Lorenzo Parelli und Giuseppe Lenocci, löste Proteste italienischer Schüler aus, die seit 2015 verpflichtet sind, während des Schuljahres ein Praktikum von 90 oder 180 Stunden zu absolvieren. Die italienischen Schüler sehen das Projekt der alternierenden Schularbeit nicht als Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt, sondern als den Beginn der Ausbeutung, die sie nach dem Schulabschluss ausgesetzt sind. Die deutsche Presse hat die alarmierenden Zahlen junger Italiener hervorgehoben, die in den meisten Fällen prekäre und schlecht bezahlte Jobs finden (wegen des fehlenden Mindestlohns), und die Ausbeutung beginnt angeblich mit kostenlosen Praktika. Die beiden jungen Männer, die unter noch nicht geklärten Umständen ums Leben kamen, sind damit zum Symbol einer Generation geworden, die sich im Namen des Unternehmensprofits geopfert sieht (M. Braun, *Verlorene Zukunft*, in «Die Tageszeitung», 18. Februar 2022 [PDF](#)).

DEUTSCHE INNENPOLITIK

(ITALIENISCHE PRESSE)

Im Februar berichtete die italienische Presse nach den Wahlen ausführlich über die ersten Monate der neuen Koalitionsregierung. Der unbestrittene Protagonist der italienischen Nachrichten war der neue Kanzler an der Spitze der sogenannten Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen: der Sozialdemokrat Olaf Scholz.

Wie in den Vormonaten kam es zu einem ständigen Vergleich mit seiner Vorgängerin Angela Merkel, die in den nationalen Medien ständig im Hintergrund – wenn nicht direkt im Vordergrund – der italienischen Darstellung der politischen Ereignisse in Deutschland präsent war, insbesondere im Zusammenhang mit der Eskalation des Konflikts in der Ukraine. Die Gegenüberstellung mit der ehemaligen CDU-Vorsitzenden hat sich im Hinblick auf die diplomatischen und energiepolitischen Beziehungen zu Putins Russland sogar noch verschärft (*Senza Merkel la Germania balbetta. Scholz ora giura: siamo con gli Usa*, in «Il Giorno», 8. Februar 2022 [PDF](#); R. Giardina, *Merkel sapeva ammansire Putin*, in «ItaliaOggi», 26. Februar 2022 [PDF](#)).

Besonders hervorgehoben wurden auch die internen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskoalition und der Partei des Bundeskanzlers über den Kurs, den es Russland gegenüber einzuschlagen gilt. Und das lange, bevor der Krieg am 24. Februar offiziell ausbrach. Die bedeutendsten italienischen Zeitungen verfolgten die Diskussion zwischen den Anhängern der harten Linie (*Hardliner*) gegen Moskau und den Verteidigern der ‘Ostpolitik’, bei der es vor allem um Waffenlieferungen an Kiew und die Zukunft der Gaspipeline Nord Stream 2 ging (S. Canetta, *La Spd divisa tra la «linea ferrea» e l’Ostpolitik*, in «il Ma-

nifesto», 2. Februar 2022 [PDF](#); P. Valentino, *Ucraina, i tedeschi delusi da Scholz. «È invisibile». E crolla nei sondaggi*, in «Corriere della Sera», 6. Februar 2022 [PDF](#); P. Valentino, «Nord stream 2? Un errore. Armare gli ucraini per difendersi è un obbligo morale dei tedeschi», in «Corriere della Sera», 9. Februar 2022 [PDF](#)).

Ferner wurde Scholz Abwesenheit von der diplomatischen Bühne der Vorkriegszeit und seine anfängliche abwartende Haltung – diesmal nicht nur auf deutscher, sondern auf internationaler Ebene – angeprangert. Im Fadenkreuz der italienischen Presse steht somit die nachgiebige Haltung des Kanzlers, dem vorgeworfen wird, nur die wirtschaftlichen Interessen seines Landes wahren zu wollen. Selbst in den italienischen Medien wurde die Frage «Wo ist Olaf», die Anfang Februar in den sozialen Medien und in der deutschen Presse viral ging, aufgegriffen. Die führenden italienischen Zeitungen übernahmen die Bezeichnung «unsichtbarer Kanzler», die der «Spiegel» für Scholz verwendet hatte. Diese Abwesenheit hat die Kluft innerhalb der SPD vertieft und Scholz in den Umfrageergebnissen abstürzen lassen (M. Valensise, *Cercasi cancelliere*, in «Huffpost», 7. Februar 2022 [LINK](#); G. Cesare, *L'Europa in ordine sparso. E Londra accusa Berlino: «Come a Monaco nel '38»*, in «il Giornale», 14. Februar 2022 [PDF](#); T. Mastrobuoni, *L'ultima mediazione per l'Ucraina. Scholz prova a evitare il conflitto*, in «la Repubblica», 14. Februar 2022 [PDF](#); I. Bufacchi, *La mediazione senza assoli del «cancelliere invisibile»*, in «Il Sole 24 Ore», 15. Februar 2022 [PDF](#); I. Bufacchi, *Scholz: la sicurezza in Europa è possibile solo con la Russia*, in «Il Sole 24 Ore», 16. Februar 2022 [PDF](#); S. Stefanini, *Sull'Occidente cala lo spirito di Monaco*, in «La Stampa», 22. Februar 2022 [PDF](#); S. Canetta, *Armamenti e banche. Scholz deve cedere, ma salva gas e carbone*, in «il Manifesto», 27. Februar 2022 [PDF](#)).

Besonders kritisch gegenüber Scholz nachgiebiger Vorgehensweise gegenüber Moskau ist der FDP-Vorsitzende, der 'Falke' Christian Lindner. Dem liberalen Finanzminister kam seitens der italienischen Zeitungen eine gewisse Aufmerksamkeit zu, wie sie es bereits während der Wahlen und später bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung der Fall war, insbesondere wegen seiner ständigen Forderungen nach Einsparungen in und Strenge gegenüber Italien (F. Fubini, *Arriva a Roma Lindner, il «falco amichevole». La Ue cambia stagione*, in «Corriere della Sera», 1. Fe-

bruar 2022 [PDF](#); T. Mastrobuoni, *Lindner: «Il Patto può migliorare ma il debito scenda»*, in «la Repubblica», 4. Februar 2022 [PDF](#); I. Bufacchi, *Spesa e stop al debito, nodo da sciogliere anche a Berlino*, «Il Sole 24 Ore», 5. Februar 2022 [PDF](#); G. Di Santo, *Debito, Germania all'attacco*, in «ItaliaOggi», 5. Februar 2022 [PDF](#); M. Palombi, *Pessime notizie: Pil fermo e Berlino chiede austerità*, in «il Fatto Quotidiano», 5. Februar 2022 [PDF](#); G. Pelosi, *Lindner: bene più investimenti ma occorre ridurre il debito*, in «Il Sole 24 Ore», 5. Februar 2022 [PDF](#); G. Litorri; M. Cecchini, *Se Roma non fa più notizia a Berlino*, in «Milano Finanza», 9. Februar 2022 [PDF](#); C. Paudice, *Nessuna mutazione. Il ministro tedesco nomina l'uomo del rigore che spinge l'Italia nel Mes*, «Huffpost», 16. Februar 2022 [LINK](#); I. Bufacchi, *Feld, un falco amichevole al fianco del ministro Lindner*, «Il Sole 24 Ore», 22. Februar 2022 [PDF](#)).

Texte von Michela Cilenti und Elisa D'Annibale

